

HANDEL GEGEN DEN FRIEDEN:

Wie Europa zur Erhaltung illegaler israelischer Siedlungen beiträgt



DIESER BERICHT WURDE VON FOLGENDEN
ORGANISATIONEN ERSTELLT:

1. APRODEV
2. Broederlijk Delen (Belgien)
3. Caabu (VK)
4. CCFD - Terre Solidaire (Frankreich)
5. Christian Aid (VK und Irland)
6. Church of Sweden (Schweden)
7. Cordaid (Niederlande)
8. DanChurchAid (Dänemark)
9. Diakonia (Schweden)
10. FinnChurchAid (Finland)
11. ICCO (Niederlande)
12. IKV Pax Christi (Niederlande)
13. International Federation for Human Rights (FIDH)
14. Medical Aid for Palestinians (VK)
15. medico international (Deutschland)
16. medico international schweiz
17. The Methodist Church in Britain
18. Norwegian Church Aid
19. Norwegian People's Aid
20. Quaker Council for European Affairs
21. Quaker Peace and Social Witness (VK)
22. Trócaire (Irland)

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:
sacha.dewijs@crisisaction.org

October 2012

Gedruckt auf Cyclus Offset Papier, hergestellt aus 100 %
Recyclingpapier und mit pflanzenbasierter Druckfarbe gedruckt.

Umschlag Foto: Blick über die Siedlung Modi'in Illit, gebaut
auf Land, das von den angrenzenden palästinensischen Dörfern
genommen wurde. Foto: Eduardo Soteras/Activestills.org

Layout: Miriam Hempel | www.daretoknow.co.uk

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|---|-------|
| VORWORT | 5 |
| ZUSAMMENFASSUNG | 6-7 |
| EINLEITUNG | 8 |
| KARTE VON SIEDLUNGEN | 9 |
| KAPITEL 1 - ISRAELISCHE SIEDLUNGEN UND IHRE AUSWIRKUNGEN | 10-16 |
| 1.1 Auswirkungen auf Rechte und Existenzgrundlage der Palästinenser | |
| 1.2 Siedlungen, Handel und internationales Recht | |
| KAPITEL 2 – DIE ZWEI WIRTSCHAFTSSYSTEME DES WESTJORDANLANDES: ÜPPIGE SUBVENTIONEN GEGENÜBER LÄHMENDEN EINSCHRÄNKUNGEN | 17-19 |
| 2.1 Finanzielle Zuwendungen für Siedlungen | |
| 2.2 Einschränkungen für Wirtschaft und Handel der Palästinenser | |
| 2.3 EU-Förderung und palästinensische Abhängigkeit von Hilfsleistungen | |
| KAPITEL 3 – EUROPAS WIRTSCHAFTLICHE VERBINDUNGEN MIT SIEDLUNGEN | 20-25 |
| 3.1 Handelsvolumen der Siedlungen mit der EU | |
| 3.2 Die gängigsten in Europa gehandelten Siedlungserzeugnisse | |
| 3.3 Beteiligung europäischer Firmen | |
| KAPITEL 4 – EUROPÄISCHE POLITIK GEGENÜBER SIEDLUNGEN | 26-29 |
| 4.1 Siedlungsgüter und bevorzugter Marktzugang | |
| 4.2 Verbraucherkennezeichnung | |
| 4.3 Dem Privatsektor vom Handel mit Siedlungen abraten | |
| 4.4 Importverbot für Siedlungsgüter | |
| 4.5 Ausschluss der Siedlungen aus Vereinbarungen und Kooperationsinstrumenten mit Israel | |
| KAPITEL 5 – EMPFOHLENE MAßNAHMEN FÜR EUROPÄISCHE REGIERUNGEN UND DIE EU | 30-31 |
| FUßNOTEN | 32-35 |

VORWORT

Hans van den Broek



© The Rights Forum

Anfang 1993 wurde ich zum EU-Kommissar für Außenbeziehungen berufen. Es war eine Zeit der Hoffnung und des Engagements zwischen Israel und den Palästinensern, Monate vor der Unterzeichnung der Oslo-Abkommen.

Fast 20 Jahre sind vergangen, seit die Oslo-Abkommen unterschrieben wurden – und der Frieden im Nahen Osten scheint weiter entfernt als je zuvor. Dass kein umfassender Frieden erreicht wurde, hat eine Reihe von Gründen. Die Stagnation des Friedensprozesses kann nicht auf eine einzige Ursache zurückgeführt werden.

Einer der Hauptgründe jedoch – ich würde sagen, der entscheidende – besteht in Israels Siedlungspolitik im Westjordanland und Ostjerusalem. In den letzten Jahren hat diese Politik die Wiederaufnahme ernstzunehmender Friedensverhandlungen verhindert. Aber ihre negativen Auswirkungen gehen weit darüber hinaus: Sie bedroht die Realisierbarkeit der Zweistaatenlösung, und damit die Möglichkeit des Friedens überhaupt.

In den letzten Jahrzehnten hat die EU die Siedlungspolitik beständig kritisiert und verurteilt. Dutzende offizieller EU-Erklärungen und Positionen bekräftigen immer wieder die Illegalität der Siedlungen nach internationalem Recht, und betrachten sie als erhebliches Hindernis für den Frieden. Die EU hat wiederholt betont, dass sie keinerlei unilaterale Änderungen der Grenzen von vor 1967 anerkennen wird, auch im Hinblick auf Jerusalem nicht.

Währ end der Siedlungsbau jedoch fortgesetzt und forciert wurde, haben wir Europäer es versäumt, unseren Worten Taten folgen zu lassen. Bis jetzt sind wir davor zurückgeschreckt, unseren beträchtlichen politischen und wirtschaftlichen Einfluss gegenüber Israel geltend zu machen, um Entwicklungen vor Ort einzudämmen, die unseren Grundwerten widersprechen, und die unsere strategischen Interessen unterlaufen.

Nun, da sich das Fenster für einen möglichen Frieden zwischen Israel und den Palästinensern vor unseren Augen schließt, steht die EU vor einer grundlegenden Herausforderung und möglicherweise ihrer letzten Chance, ihre prinzipienstarken Standpunkte in wirksame Handlungen zu übertragen. Wenn Europa die Zweistaatenlösung erhalten will, muss es ohne Zögern handeln und die Führung übernehmen.

Dieser bahnbrechende Bericht macht Vorschläge, wie die EU das tun kann. Er identifiziert konkrete Maßnahmen, die die EU und ihre 27 Mitgliedstaaten ergreifen sollten, um die Glaubwürdigkeit in den europäischen Positionen wiederherzustellen und die Siedlungspolitik einzudämmen. Diese verdienen ernsthafte Berücksichtigung auf höchster Ebene.

Ich bin der Meinung, dass diese Maßnahmen, die ausschließlich auf illegale Siedlungen außerhalb der anerkannten Grenzen Israels gerichtet sind, keine antiisraelische Agenda darstellen. Im Gegenteil sollte die Aufrechterhaltung der Zweistaatenlösung, im Einklang mit internationalem Recht, als Beitrag zu Israels Sicherheit und Legitimität betrachtet werden.

Hans van den Broek

Ehemaliger Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Niederlande (1982-1993) und ehemaliger EU-Kommissar für Außenbeziehungen (1993-1999)

ZUSAMMENFASSUNG

Die Position der Europäischen Union ist eindeutig: Israelische Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten sind „nach internationalem Recht illegal, stellen ein Hindernis für den Frieden dar, und drohen eine Zweistaatenlösung unmöglich zu machen“.¹ Der vorliegende Bericht jedoch zeigt, wie die europäische Politik in der Praxis zugleich hilft, die Siedlungen zu erhalten. Er legt offen, dass die EU schätzungsweise fünfzehnmal mehr Güter aus den illegalen Siedlungen importiert als von den Palästinensern selbst.

Israelische Siedlungen sind Gemeinschaften, die in den von Israel seit 1967 besetzten Gebieten errichtet wurden. Gegenwärtig leben über 500.000 israelische Siedler im besetzten Westjordanland und Ostjerusalem. Siedlungen kontrollieren mehr als 42% der Fläche des Westjordanlandes und den Großteil seiner Wasservorkommen und natürlichen Ressourcen.² Ihre täglichen Übergriffe auf palästinensischem Gebiet unterlaufen die Realisierbarkeit der von der EU befürworteten Zweistaatenlösung.

Im Lauf der letzten zwei Jahre wurde der Siedlungsausbau mit über 16.000 neu angekündigten oder genehmigten Wohneinheiten beschleunigt.³ Währenddessen steigt die Zahl der Zerstörungen palästinensischer Gebäude - einschließlich derer, die von europäischen Geldgebern finanziert wurden. In der Folge sind über 1000 Menschen 2011 aus ihren Häusern vertrieben worden, fast doppelt so viele wie 2010.⁴ Ebenfalls haben die gewalttätigen Angriffe von Siedlern auf Palästinenser in den letzten beiden Jahren einen neuen Rekord erreicht.

Ein diskriminierendes Zweiklassensystem

Durch die Errichtung von Siedlungen haben die bisherigen israelischen Regierungen sukzessive ein diskriminierendes Zweiklassensystem im Westjordanland geschaffen, in dem Siedler alle Rechte und Vorzüge israelischer Staatsbürgerschaft genießen, während Palästinenser israelischen Militärgesetzen unterworfen sind, die sie ihrer Grundrechte berauben.

Die Bewegungsfreiheit von Palästinensern innerhalb des Westjordanlandes und ihr Zugang zu essenziellen Dienstleistungseinrichtungen, wie z. B. Krankenhäuser, wird trotz bedingter Lockerungen in den letzten Jahren nach wie vor durch etwa 542 Hindernisse, darunter Straßensperren und Checkpoints, erschwert.⁵ Der Zugang zu Wasser ist ebenfalls nach wie vor höchst ungleich - Israel zieht in großen Mengen Wasserreserven aus dem Westjordanland ab und hält zugleich Palästinenser davon ab, neue Brunnen zu bohren und ihr Wassersystem auszubauen. In einigen Fällen hat das Abpumpen von Grundwasser, zur Bewässerung von Exportkulturen, landwirtschaftlicher Betriebe in Siedlungen nahegelegene palästinensische Brunnen ausgetrocknet und so die Möglichkeit der Palästinenser, ihre eigenen Felder zu bestellen, eingeschränkt.

Die zwei Wirtschaftssysteme im Westjordanland

Landwirte und Erzeuger in Siedlungen profitieren von breit gefächerten Subventionen der israelischen Regierung und unkompliziertem Zugang zu internationalen Märkten über von der Regierung gebauten Straßen, die von Palästinensern bewohnte Gebiete umgehen.

In drastischem Gegensatz dazu wird die palästinensische Wirtschaft durch die israelischen Beschränkungen des Zugangs zu Märkten und natürlichen Ressourcen gravierend beeinträchtigt; mit geschätzten jährlichen Folgekosten von 5,2 Milliarden Euro oder 85% des gesamten palästinensischen BIP.⁶ In der Folge dieser Restriktionen sind die palästinensischen Exporte von über der Hälfte des palästinensischen BIP in den 1980ern auf weniger als 15% des BIP in den letzten Jahren gefallen, was jegliche Vorteile aus dem Präferenzhandelsabkommen mit den Palästinensern zunichte macht.⁷

Dies hat zu der aktuellen Situation beigetragen, in der die Palästinensische Autonomiebehörde auf umfangreiche finanzielle Hilfsmittel aus der EU und anderen Geberländern angewiesen und derzeit mit einer akuten Haushaltskrise konfrontiert ist.

Die Widersprüche in Europas Handel mit israelischen Siedlungen

Der jüngsten Schätzung der israelischen Regierung gegenüber der Weltbank zufolge liegt die Höhe der EU-Importe aus Siedlungen bei \$300 Mio. (€230 Mio.) pro Jahr⁸; ungefähr fünfzehnmal so hoch wie die der jährlichen EU-Importe von Palästinensern.⁹ Umgerechnet auf die mehr als 4 Millionen Palästinenser und über 500.000 israelischen Siedler, die in den besetzten Gebieten leben, bedeutet das, dass die EU über 100mal so viel pro Siedler importiert wie pro Palästinenser.

Zu den gängigsten in Europa verkäuflichen Siedlungserzeugnisse zählen landwirtschaftliche Produkte wie Datteln, Zitrusfrüchte und Gewürzkräuter, sowie industriefertige Güter wie Kosmetika, Trinkwassersprudler, Plastikprodukte, Textilerzeugnisse und Spielzeug.

Trotz der klaren Positionierung, dass Siedlungen kein Teil Israels sind, hat Europa Importlieferungen dieser Siedlungsgüter mit der Bezeichnung „Israel“ als Herkunftsland akzeptiert, und duldet damit Israels Ausweitung seiner Herrschaft über das besetzte Gebiet. Viele dieser Produkte werden zudem in europäischen Geschäften unter der irreführenden Kennzeichnung „Hergestellt in Israel“ verkauft, und Verbraucher damit ihres Rechts auf qualifizierte Kaufentscheidungen nach europäischer Verbraucherschutzgesetzgebung beraubt. In der Konsequenz unterstützen viele europäische Verbraucher unfreiwillig die Siedlungen und die sie begleitenden Menschenrechtsverletzungen.

Über den Handel mit Siedlungsgütern hinaus haben einige Firmen in europäischem Besitz auch in Siedlungen oder siedlungsbezogene Infrastruktur investiert, oder stellen ihnen Leistungen zur Verfügung. Zu den bekannten Fällen zählen G4S (GB/Dänemark), Alstom (Frankreich), Veolia (Frankreich) und Heidelberg Cement (Deutschland). Andere, wie die Deutsche Bahn, AssaAbloy (Schweden) und Unilever (Niederlande), haben ihre Aktivitäten im Westjordanland bereits in den letzten Jahren eingestellt und setzen so ein Beispiel für die Unternehmen, die immer noch Geschäfte in den Siedlungen betreiben.

Zu den grundlegenden Widersprüchen der EU-Politik gegenüber den illegalen israelischen Siedlungen kommt das Versäumnis der EU hinzu, Siedlungen vollständig von den Unterstützungsleistungen aus seinen Kooperationsprogrammen und bilateralen Verträgen mit Israel auszunehmen. In zahlreichen Fällen wurden öffentliche EU-Mittel für Forschung und Entwicklung zur unmittelbaren Unterstützung von Aktivitäten in Siedlungen genutzt.¹⁰ Das soeben ratifizierte Abkommen zur Konformitätsbewertung und Anerkennung gewerblicher Produkte zwischen der EU und Israel (ACAA) ist ein weiteres Beispiel für Europas Versagen, auf einer Unterscheidung zwischen dem israelischen Kernland und den illegalen Siedlungen zu bestehen.

Der Weg nach vorne

Die vielfältigen Verflechtungen mit Siedlungen sind unvereinbar mit Europas Verpflichtungen nach internationalem Recht, demzufolge dritte Parteien, europäische Regierungen eingeschlossen, die Pflicht haben, Siedlungen nicht anzuerkennen und ihnen keine Beihilfe oder Unterstützung zu leisten, sowie die Pflicht, sich ihnen wirksam entgegenzustellen. Indem sie Handel mit Siedlungen treiben und so zu ihrem Fortbestehen beitragen, unterminiert die EU zudem ihre eigenen jahrelangen politischen und finanziellen Investitionen in die Bemühungen zum Aufbau eines palästinensischen Staates. Das Bewusstsein der europäischen Regierungen für die Notwendigkeit, die Lücke zwischen ihren Worten und ihren Taten in Bezug auf Siedlungen zu schließen, wächst. Die britische und die dänische Regierung haben mit der Anwendung von Leitlinien für die korrekte Kennzeichnung von Siedlungsprodukten bereits konkrete Schritte unternommen. Aber es gibt noch sehr viel mehr, was nationale Regierungen und die EU tun können, um sicherzustellen, dass ihre Politik weder direkt noch indirekt Siedlungen und das mit ihnen einhergehende Unrecht unterstützt.

Empfohlene Maßnahmen (für nationale Regierungen und die EU, wo zutreffend)

Verkauf und Einfuhr von Siedlungserzeugnissen

- | | |
|---|-----------------------------------|
| 1. Als Minimalmaßnahme: eine korrekte Kennzeichnung aller Siedlungsgüter sicherstellen, wie in Großbritannien und Dänemark bereits geschehen, jedoch auch unter Einbeziehung industriegefertigter Produkte. | National und EU |
| 2. Als weitere Maßnahme: Unternehmen per offizieller Regierungsempfehlung vom Kauf von Siedlungsgütern und von allen weiteren Geschäfts- und Investitionsverbindungen mit Siedlungen abraten. | National |
| 3. Als umfangreichere Option: die Einfuhr von Siedlungsgütern verbieten, wie von Irland gefordert. | National ohne gemeinsame EU-Linie |

Siedlungen von europäischen und nationalen Beziehungen mit Israel ausnehmen

- | | |
|---|-----------------|
| 4. Siedlungsprodukte mit der Forderung gegenüber Israel nach einer anderen Herkunftsbezeichnung als ‚Israel‘ für Siedlungsprodukte vom bevorzugten Marktzugang ausnehmen. | EU/EFTA |
| 5. Siedlungen durch explizite rechtliche Vorkehrungen und Absicherungen von bilateralen Abkommen und Kooperationsinstrumenten mit Israel ausnehmen. | National und EU |
| 6. Siedlungsprodukte und –firmen von öffentlichen Ausschreibungen ausnehmen. | National und EU |

Finanzielle Transaktionen mit Siedlungen

- | | |
|--|-----------------------------------|
| 7. Organisationen, die Siedlungen finanzieren, von den Steuervergünstigungssystemen ausnehmen, wie in Norwegen geschehen. | National |
| 8. In einem umfassenderen Ansatz: Finanzielle Transaktionen an Siedlungen und verwandte Aktivitäten durch die Anwendung restriktiver Maßnahmen verhindern. | National ohne gemeinsame EU-Linie |

Weitere Maßnahmen

- | | |
|---|-----------------|
| 9. Bürgern durch offizielle Empfehlung vom Kauf von Grundstücken in Siedlungen abraten, wie von zahlreichen EU-Mitgliedsstaaten bereits praktiziert. (National) | National |
| 10. Richtlinien für europäische Reiseveranstalter ausgeben, um die Unterstützung von Siedlungsunternehmen zu verhindern. | National |
| 11. Eine Liste von Firmen erstellen, die Siedlungsprodukte fälschlich mit der Herkunftsbezeichnung ‚Israel‘ versehen, wie vom Europäischen Parlament gefordert. | EU |
| 12. Darauf bestehen, dass Israel der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Daten für Siedlungen gesondert angibt. | OECD Mitglieder |

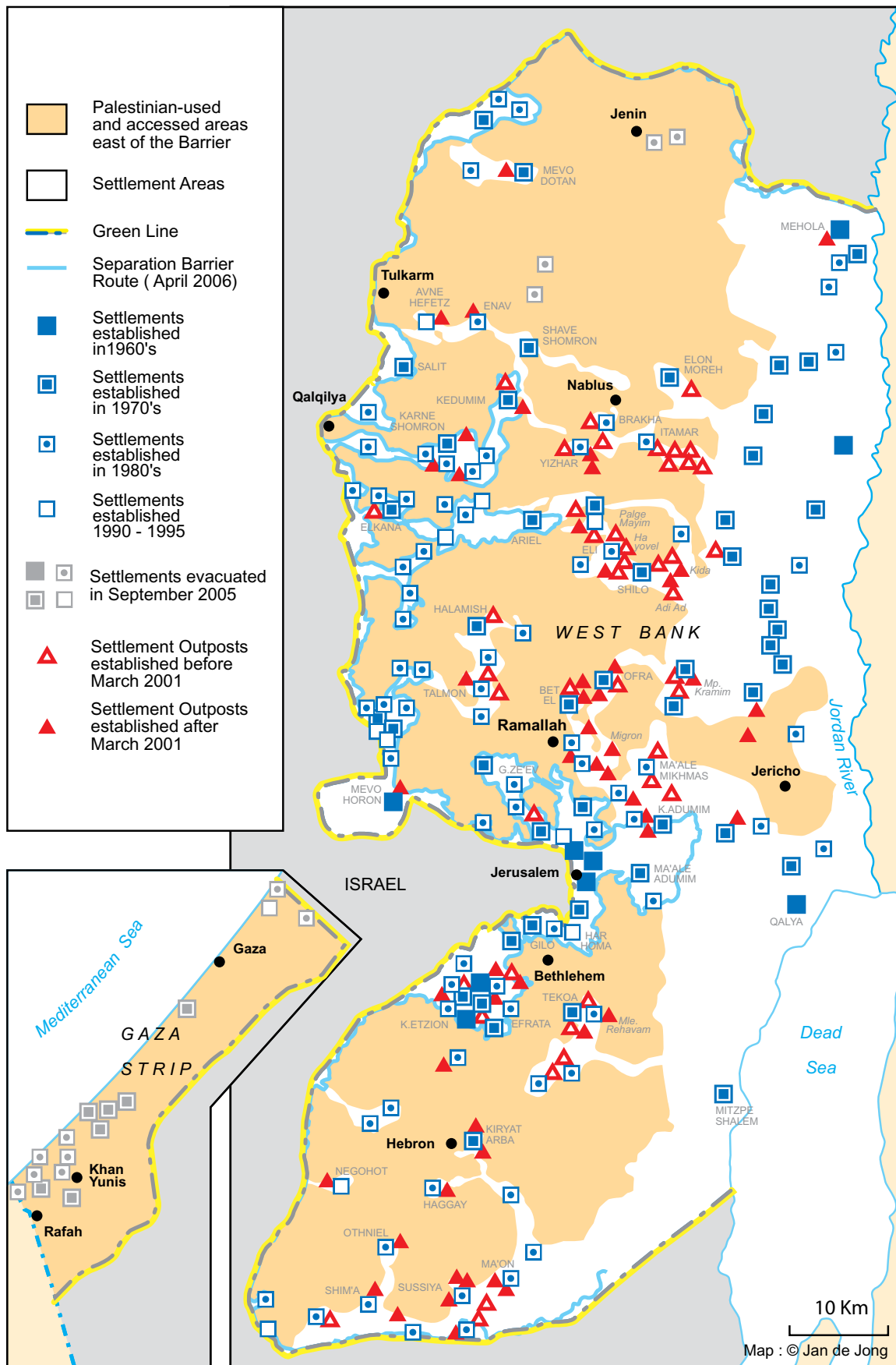
EINLEITUNG

Die Unterzeichner dieses Berichts - humanitäre, Entwicklungs-, Menschenrechts-, Friedens- und Glaubensorganisationen aus neun EU-Mitgliedsstaaten sowie aus Norwegen und der Schweiz - beobachten die Auswirkungen israelischer Siedlungen auf das tägliche Leben palästinensischer Gemeinden in den besetzten Gebieten seit vielen Jahren. Im Gegensatz zu der gängigen Auffassung, dass die Situation eine der Stagnation und des Status Quo ist, haben sie gesehen, dass die Wirklichkeit vor Ort alles andere als statisch ist. Die Siedlungsgebiete dehnen sich aus und mindern so den Zugang der Palästinenser zu Ressourcen wie Wasser und Ackerland, während die dazugehörige Infrastruktur aus Checkpoints, Siedlerstraßen und der Sperranlage ihre Bewegungsfreiheit einschränkt und ihren Zugang zu grundlegenden Versorgungsleistungen behindert. Palästinensische Wohnhäuser und Infrastruktur werden zerstört, um Platz für Siedlungen zu bereiten, und Hunderte Menschen jährlich vertrieben.

Die Position der Europäischen Union ist eindeutig: "Siedlungen sind nach internationalem Recht illegal, stellen ein Hindernis für den Frieden dar, und drohen eine Zweistaatenlösung unmöglich zu machen".¹¹ Doch die Erklärungen der EU haben über die Jahre wenig dazu beigetragen, den fortgesetzten Siedlungsbau zu verhindern. Zugleich treibt Europa weiterhin Handel mit den Siedlungen und trägt so zu ihrer Perpetuierung und ihrem Wachstum bei. Da das Siedlungswachstum einen lebensfähigen palästinensischen Staat so gut wie unmöglich macht, unterminiert der Handel mit Siedlungen darüber hinaus die Milliarden Euro an Hilfsgeldern, die Europa in die palästinensischen Bemühungen zum Staatsaufbau investiert hat. Das Bewusstsein der europäischen Regierungen für die Notwendigkeit, diese Widersprüche in ihrer politischen Praxis zu beseitigen, wächst.

Dieser Bericht dokumentiert die Auswirkungen israelischer Siedlungen auf die Rechte und Existenzen der Palästinenser, und beschreibt die drastische Ungleichbehandlung von Siedlern und Palästinensern im Westjordanland durch die israelische Regierung. Er umreißt die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Europa und den Siedlungen, indem er die gängigsten in Europa verkauften Siedlungserzeugnisse nennt und die Beteiligung europäischer Firmen aufführt. Dieser Bericht analysiert außerdem die den Handel und andere Verflechtungen mit Siedlungen betreffende europäische und nationale Politik. Er stellt eine Bandbreite konkreter und durchführbarer Maßnahmen vor, um die Taten der nationalen Regierungen und der EU in Einklang mit ihren Worten zu bringen, und um sicherzustellen, dass ihre Politik nicht mittelbar oder unmittelbar den Siedlungen zugute kommt.

Settlements Established and Evacuated 1967 - 2008



▲ Siedlungen Gegründet und Geräumt, 1967-2008 - Feb 2008
Stiftung für Frieden im Nahen Osten und Jan de Jong, Februar 2008

KAPITEL 1 - ISRAELISCHE SIEDLUNGEN UND IHRE AUSWIRKUNGEN



▲ Ein israelischer Soldat durchsucht die Schultasche eines palästinensischen Jungen in Hebron. Der Junge gehört zu einer der letzten palästinensischen Familien im alten Zentrum von Hebron. Palästinenser, die nicht in der Altstadt wohnen, dürfen nur durch eine begrenzte Anzahl Straßen die Stadt erreichen. Foto: Trócaire /Alan Whelan

Siedlungen sind israelische Gemeinschaften, die in den von Israel seit dem Sechstagekrieg von 1967 besetzt gehaltenen Gebieten errichtet werden. Unterstützt werden die Siedlungen durch eine Infrastruktur, zu der beispielsweise gesonderte Straßen, Checkpoints und die Sperranlage, die sie von der umliegend angesiedelten palästinensischen Bevölkerung trennt, zählen. Siedlungen verstoßen gegen internationales Recht sowie gegen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, und doch hat in den 45 Jahren der Besatzung der palästinensischen Gebiete durch Israel jede israelische Regierung ihren weiteren Ausbau gefördert.

Über 500.000 israelische Siedler leben inzwischen im Westjordanland und in Ostjerusalem.¹² Ihre Anzahl hat sich seit dem Abschluss der Friedensvereinbarungen von Oslo 1993, deren Ziel es gewesen war, die Rahmenbedingungen für ein Ende der Besatzung zu schaffen, mehr als verdoppelt.¹³ Die Bevölkerungsgesamtheit der Siedler wächst deutlich schneller (durchschnittlich um 5,3% jährlich in den letzten 10 Jahren) als die israelische Bevölkerung als Ganzes (1,8%).¹⁴ Einige der größten Siedlungen, wie Modi'in Illit, Betar Illit und Ma'ale Adumim, sind mittlerweile zu Städten von beträchtlicher Größe mit Zehntausenden Einwohnern angewachsen.

Besonders in den letzten zwei Jahren, nach dem Scheitern von US-Präsident Obamas Bemühungen, die israelische Regierung von einem Siedlungsstopp zu überzeugen, hat das Siedlungswachstum sich deutlich beschleunigt. Seit Oktober 2010 ist der Bau von über 15.000 neuen Wohneinheiten angekündigt oder genehmigt worden.¹⁵ Im selben Zeitraum hat die Zerstörung palästinensischer Wohnhäuser durch die israelischen Streitkräfte zugenommen, während die Zahl der gewalttätigen Übergriffe von Siedlern auf Palästinenser ebenfalls stark angestiegen ist.

Das Siedlungswachstum schafft Fakten, die die von der Europäischen Union befürwortete Zweistaatenlösung immer unwahrscheinlicher werden lassen. Mehr als 42% der Fläche des Westjordanlandes sowie der Großteil des Wassers und der natürlichen Ressourcen sind den Palästinensern genommen und den Siedlungen zugeschlagen worden.¹⁶ Siedlungen und die damit einhergehende Infrastruktur, wie neue Straßennetze und die israelische Sperranlage, haben die palästinensischen Gemeinden zu einer Anzahl unzusammenhängender Enklaven zerstückelt, mit durch Checkpoints kontrolliertem Verkehr. Dieser „Landraub“ hat den Raum, der den Palästinensern zur Entwicklung einer Existenzgrundlage, zum Aufbau von Wohngebieten und einer Infrastruktur zur Verfügung steht, dramatisch reduziert. Gleichzeitig sind viele Siedlungen an das israelische Kernland angegliedert worden, was die international anerkannte Grenze von 1967 zwischen Israel und dem Westjordanland aufweicht.

Durch die Errichtung von Siedlungen hat Israel im Westjordanland ein diskriminierendes Zweiklassen-Regime geschaffen, in dem zwei Bevölkerungen getrennt voneinander und unter zwei verschiedenen Rechtssystemen im selben Gebiet leben. Während Siedler in den Genuss aller Rechte und Vorteile israelischer Bürger kommen, sind die Palästinenser einem System israelischer Militärgesetzgebung unterworfen, das sie ihrer Grundrechte beraubt.¹⁷



▲ Der Abbruch der Mauer in dem Palästinensischen Dorf von Al Walaje, welches von tausenden von Siedlungseinheiten umringt wird in dem Gush Etzion Block. Foto: David Levene

A-, B- und C-Zonen - dauerhafte Provisorien

Mit dem Oslo-Abkommen wurde das Westjordanland in drei als vorläufig angelegte Verwaltungszonen unterteilt. „A-Zonen“, die nur 18% des Westjordanlands umfassen, unterstehen der zivilen Verwaltung und Sicherheitskontrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde. „Zone B“ werden palästinensisch verwaltet und stehen unter gemeinsamer israelisch-palästinensischer Sicherheitskontrolle. „Zone C“ steht unter alleiniger ziviler und Sicherheitskontrolle der israelischen Regierung; in diesen Gebieten sind die israelischen Siedlungen gelegen. „Zone C“ umfasst 62% des Westjordanlandes und ist sowohl das größte als auch das einzige zusammenhängende Gebiet, das 227 separate Enklaven (A und B) miteinander verbindet.¹⁸ Um C-Gebiete zu durchqueren, müssen Palästinenser Checkpoints passieren. Zone C umfasst außerdem den Großteil der Wasservorkommen und der Acker- und Weideflächen. Der palästinensische Staatsaufbau, ein von der EU unterstütztes und mitfinanziertes Projekt, ist, wie in einem internen EU-Bericht bemerkt wird, „in den A- und B-Gebieten wegen ihrer Fragmentierung und Isolierung im ‚Meer‘ der zusammenhängenden Zone C de facto eingeschränkt“.¹⁹

„Israels fortgesetzte Ankündigungen, den Siedlungsbau in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ostjerusalem, zu beschleunigen, senden ein verheerendes Signal aus. Wir rufen die israelische Regierung auf, diese Schritte rückgängig zu machen. Die Lebensfähigkeit des palästinensischen Staates, den wir entstehen sehen wollen, und die für die langfristige Sicherheit Israels essenzielle Zweistaatenlösung sind von der systematischen und absichtsvollen Ausweitung der Siedlungen bedroht. Siedlungen sind nach internationalem Recht illegal und stellen einen schweren Schlag für die Bemühungen des Nahost-Quartetts dar, die Friedensverhandlungen wieder in Gang zu bringen. Jegliche Siedlungsaktivität, jene in Ostjerusalem eingeschlossen, muss sofort beendet werden.“

Erklärung der EU im UN-Sicherheitsrat, Dezember 2011²⁰

1.1 Auswirkungen auf Rechte und Existenzgrundlage der Palästinenser



▲ Mitglieder der a-Rashaydah Familie nach dem Abriss ihres Zuhauses in Fasayil, dem Jordantal. Foto: B'Tselem/Atef Abu a-Rub

Die israelische Politik, Siedlungen in den besetzten Gebieten zu errichten, führt zu umfangreichen Menschenrechtsverletzungen und unterminiert die Entwicklung palästinensischer Gemeinden. Palästinensische Wohnhäuser werden zerstört, um Platz für israelische Siedlungen zu schaffen; Hunderte von Menschen werden jedes Jahr dadurch verdrängt. Siedlungen nehmen Palästinensern ihr Recht auf Bewegungsfreiheit und berauben sie des Zugangs zu lebenswichtigen Ressourcen wie Wasser und Ackerland.

Hauszerstörungen und Zwangsumsiedlung

In den letzten Jahren war ein gravierender Anstieg bei der Zerstörung palästinensischer Wohngebäude und Infrastruktur durch israelische Streitkräfte zu verzeichnen, der eine Beschleunigung der Zwangsumsiedlung von Menschen mit sich brachte. 2011 wurden in C-Gebieten und in Ostjerusalem 622 palästinensische Wohnhäuser, Brunnen, Regenwasserzisternen und weitere essenzielle Infrastruktur zerstört; fast 1100 Palästinenser wurden vertrieben. Gegenüber 2010 wurden damit nahezu doppelt so viele Menschen vertrieben – die höchste Zahl seit Jahren. Über 60% der Zerstörungen werden in Siedlungen zugewiesenen Gebieten oder in deren Nähe durchgeführt.²¹

Während der ersten neun Monate 2012 hat die monatliche Zahl der Zerstörungen mit dem vorangegangenen Rekordjahr Schritt gehalten.²² In den C-Gebieten und Ostjerusalem sind weiterhin Tausende von Hauszerstörung und Obdachlosigkeit bedroht. Die Zerstörung von Eigentum der Bevölkerung im besetzten Gebiet ist ein Verstoß gegen internationales Recht.²³

Hauszerstörungen berauben Menschen ihres Zuhauses, nehmen ihnen ihre Existenzgrundlage und haben unüberschaubare negative psychologische Auswirkungen. Über die Hälfte der 2011 obdachlos gewordenen Palästinenser waren Kinder²⁴, für die der Verlust ihres Zuhauses besonders verheerend ist.

Israelischen Behörden zufolge werden Hauszerstörungen durchgeführt, weil für die Gebäude nicht die erforderlichen Baugenehmigungen vorliegen. Tatsächlich ist es jedoch für Palästinenser nahezu unmöglich, Genehmigungen für den Bau von Häusern, Toiletten, Brunnen, Ställen oder anderer lebensnotwendiger Infrastruktur in örtlichen Gemeinschaften in C-Gebieten zu erlangen. In den letzten Jahren wurden 94% aller Baugenehmigungsanträge für palästinensische Gebäude in C-Gebieten von den israelischen Militärbehörden abgelehnt.²⁵

Der Bau israelischer Siedlungen hingegen wird unvermindert fortgesetzt und, obwohl er gegen internationales Recht verstößt, von der israelischen Regierung entschieden unterstützt. Selbst in Fällen, in denen israelische Siedler ganze Siedlungs-Außenposten unter Missachtung Israels eigener Gesetze errichtet haben, sind diese Gebäude von den israelischen Behörden nur selten zerstört worden. In einigen Fällen haben jene deren Bau nachträglich genehmigt oder sie an das Straßen-, Wasser- und Stromnetz angeschlossen und Sicherheitskräfte zu ihrem Schutz abgestellt. Derzeit gibt es über 100 Siedlungs-Außenposten, die ohne die erforderlichen Genehmigungen erbaut wurden (wobei alle Siedlungen, unabhängig von einer behördlichen Genehmigung, nach internationalem Recht illegal sind).²⁶

Hauszerstörungen betreffen auch von europäischen Regierungen im Interesse der Palästinenser finanzierte Projekte. 2011 und in der ersten Jahreshälfte 2012 wurden mindestens 62 von europäischen Geldgebern finanzierte Gebäude in Zone C zerstört, darunter Wasserzisternen, Tierunterkünfte sowie landwirtschaftliche und Wohngebäude. Mindestens 100 weitere von europäischen Geldgebern unterstützte Gebäude sind unmittelbar von der Zerstörung bedroht, nachdem der Zerstörungsbefehl oder die Anweisung, die Arbeit einzustellen, seitens der israelischen Behörden bereits ergangen ist.²⁷ Es sind keine Fälle bekannt, in denen europäische Geldgeber von den israelischen Behörden Abfindungen für die Beschädigung ihrer Projekte erhalten haben.

Checkpoints, Straßensperren und die Sperranlage

Seit den 1990er Jahren hat Israel ein ausgedehntes Netz von Hindernissen errichtet, das die Bewegungsfreiheit der Palästinenser innerhalb des Westjordanlandes behindert, und zu dem Checkpoints, Straßensperren und die Sperranlage gehören. Trotz einer Lockerung der Restriktionen in den letzten vier Jahren sind Palästinenser beim Verkehr zwischen verschiedenen Städten im Westjordanland, auf dem Weg zur Arbeit, zu ihren Feldern, zur Schule, ins Krankenhaus und zum Besuch von Verwandten nach wie vor großen Erschwernissen ausgesetzt.²⁸

Neuesten UN-Erhebungen zufolge behindern schätzungsweise 542 Straßensperren und Checkpoints die Bewegungsfreiheit von Palästinensern in den besetzten palästinensischen Gebieten. Etwa 70 Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von insgesamt 190.000 sind gezwungen, Umwege zu nehmen, die zwei- bis fünfmal so lang sind wie der direkte Weg zur nächstgelegenen Stadt.²⁹

Den meisten Einschränkungen der Bewegungsfreiheit von Palästinensern in der West Bank liegt die Absicht zugrunde, die Sicherheit und Mobilität der israelischen Siedler zu gewährleisten.³⁰ Im Gegensatz zu den Palästinensern genießen Siedler nahezu uneingeschränkte Freizügigkeit, mit bequemem Zugang zu speziell für sie gebauten Straßen. Diese umgehen von Palästinensern bewohnte Gebiete und verbinden Siedlungen mit dem Straßennetz, mit Städten innerhalb Israels, und mit anderen Siedlungen.

Die Sperranlage ist ein erhebliches zusätzliches Hindernis für die palästinensische Bewegungsfreiheit. Ihr Verlauf weicht über 85% seiner Länge von 700km hinweg von der international anerkannten 'Grünen Linie' von vor 1967 ab. Damit ist die Anlage einer Erklärung des Internationalen Gerichtshof zufolge nach internationalem Recht illegal.³¹ Die Sperranlage schneidet tief ins Westjordanland ein, trennt palästinensische Gemeinden voneinander, isoliert etwa 11.000 Palästinenser auf der ‚israelischen‘ Seite und hält Bauern von ihren Feldern fern. Der Verlauf der Anlage wird in erster Linie von der Lage der Siedlungen bestimmt. So werden 85% der Bevölkerung der Siedlungen, darunter auch für künftige Siedlungen eingeplante Gebiete, auf der ‚israelischen‘ Seite der Sperranlage gehalten.³²

Auch der Zugang zu Ostjerusalem stellt nach wie vor ein großes Problem dar. Israel verpflichtet jeden Palästinenser, der nicht entweder ein Aufenthaltsrecht für Jerusalem oder die israelische Staatsbürgerschaft besitzt, in einem komplizierten und langwierigen Vorgang einen Passierschein zu beantragen. Das gilt auch für Patienten, die in palästinensischen Krankenhäusern in Ostjerusalem behandelt werden. 19% der Patienten und ihrer Begleiter im Westjordanland, die 2011 den Zugang zu medizinischer Versorgung beantragten, wurde der Passierschein verweigert oder mit Verzögerung ausgestellt.³³

In der überwältigenden Mehrheit der Rettungswagentransporte müssen die Patienten an einem Checkpoint von einem palästinensischen Rettungswagen in einen israelischen Rettungswagen verlegt werden, bevor sie nach Jerusalem einreisen.³⁴



▲ Eine Israelische Siedlung im Außenbereich von Ostjerusalem. Siedlungen werden um die Stadt gebaut und schneiden somit das palästinensische Ostjerusalem von dem Westjordanland ab. Trotz weitverbreiteter Wasserknappheit in den palästinensischen Gemeinden prahlen viele dieser Siedlungen mit Schwimmbädern und Wasseranlagen. Foto: Trócaire/Alan Whelan

Ungleicher Zugang zu Wasser

Israel erhält ein enormes Ungleichgewicht in der Verteilung von Wasserressourcen im Westjordanland aufrecht - zugunsten von Siedlern und auf Kosten der Palästinenser. Israel zieht bereits in einem Maße Wasser aus der Westbank ab, dass dies zu einem Schwund der den Palästinensern zur Verfügung stehenden Wassermenge geführt hat.³⁵ Zugleich verbieten von Israel erlassene Restriktionen es Palästinensern, neue Brunnen zu bohren und ihr Wassersystem ihren Bedürfnissen entsprechend auszubauen.³⁶

Unter dem als vorübergehend angelegten Oslo-Abkommen wurde Israelis viermal so viel Wasser aus den gemeinsamen Grundwasservorkommen des Westjordanlandes zugewiesen wie Palästinensern. In der Praxis überschreitet die von Israel entnommene Wassermenge die ihnen nach diesem Abkommen zustehende um bis zu 80%. Diese Übernutzung durch Israelis, zusammen mit den Palästinensern auferlegten Restriktionen für Brunnenbau und Ausbau des Wassersystems, haben dazu geführt, dass, obwohl die palästinensische Bevölkerung zwischen 1995 und 2007 der Weltbank zufolge um die Hälfte gewachsen ist, die von ihr entnommene Wassermenge im gleichen Zeitraum um 4% gesunken ist.³⁷

Der durchschnittliche Pro-Kopf-Wasserverbrauch von Israelis – unter Einbeziehung der Siedler - beträgt laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) das 4,3fache dessen der Palästinenser in den besetzten Gebieten.³⁸ Letzterer beläuft sich auf rund 70 Liter täglich pro Person und liegt damit deutlich unter den von der WHO als Mindestmenge für den Grundverbrauch empfohlenen 100 Litern pro Kopf und Tag.

Durch den ungleichen Zugang zu Wasserressourcen sind die Felder in den Siedlungen stets gut bewässert und üppig bewachsen, während die palästinensische Landwirtschaft mit angemessenem Zugang zu Wasser bis zu 110.000 weitere Arbeitsplätze schaffen könnte.³⁹

Im Jordantal hat Israel tiefe Brunnen gebohrt, um die wasserverbrauchsintensive, exportorientierte Siedlungslandwirtschaft zu unterhalten. Weniger als 10.000 Siedler in der Region verbrauchen ein Viertel so viel Wasser wie die gesamte palästinensische Bevölkerung des Westjordanlandes, rund 2,5 Millionen Menschen.⁴⁰ In einigen Fällen hat das Abpumpen von Wasser von israelischen Brunnen in den besetzten Gebieten nahegelegene palästinensische Brunnen ausgetrocknet und somit den Palästinensern die Bestellung ihrer eigenen Felder erschwert.⁴¹ Waren 1967 noch 209 palästinensische Brunnen allein im Jordantal in Betrieb, sind es heute lediglich noch 89.⁴²



▲ November 2008, Palästinenser erbauen ein Gewächshaus, in einem israelischen Siedlungshof im Jordantal. Foto: Christian Aid/Tabitha Ross

Von palästinensischen Bauern zum Auffangen von Regenwasser genutzte Zisternen werden von den israelischen Behörden häufig zerstört (46 allein in 2011), und so die Erzielung eines landwirtschaftlichen Ertrages zusätzlich behindert.⁴³ Darüber hinaus, sind in den vergangenen Jahren zunehmend mehr Wasserquellen auf palästinensischem Boden in der Umgebung von Siedlungen durch Siedler in Besitz genommen worden, die daraufhin Palästinensern den Zugang verweigerten.⁴⁴

Vielen palästinensischen Landwirten bleibt nichts anderes übrig als Wasser von mobilen Tankwagen zu kaufen, dessen Preis bis zu fünfmal über dem der regulären Wasserversorgung liegt, was ihre Erzeugnisse teurer und somit weniger wettbewerbsfähig macht.⁴⁵ Der fehlende Zugang zu Wasser führt insgesamt zu einem Abfall der Überlebensfähigkeit von landwirtschaftlichen Betrieben und zerstört Existenzen.

Israels Nutzung der Wasserressourcen der besetzten Gebiete auf Kosten der lokalen Bevölkerung stellt einen anhaltenden Verstoß gegen internationales Recht dar.⁴⁶ Durch den Import von in Siedlungen angebauten und damit auf den Abzug von Wasser angewiesenen landwirtschaftlichen Produkten trägt Europa zu diesem permanenten Rechtsbruch bei.

Fallstudie: Bardala und Mehola

Die palästinensische Gemeinde Bardala im nördlichen Jordantal war einmal eine Gegend mit einer florierenden Landwirtschaft. 1969 errichtete Israel die Mehola-Siedlung, und bestimmte landwirtschaftliche Nutzfläche aus palästinensischem Privatbesitz zur exklusiven Nutzung durch israelische Siedler.

Seitdem hat sich der Bedarf der Siedlungen an Wasser, um Felder zu bestellen und ihre Wohnhäuser zu versorgen, unmittelbar negativ auf den Zugang der Palästinenser zu Wasser ausgewirkt. Tiefe und ertragreiche Brunnen, in den 1960er und 1970er Jahren gebohrt von der israelischen Wassergesellschaft Mekorot, haben seichtere palästinensische Brunnen und Quellen austrocknen lassen.⁴⁷ Im Prinzip erklärte Mekorot sich einverstanden, den betroffenen Palästinensern Wasser aus den eigenen Brunnen zur Verfügung zu stellen, aber die Einwohner von Bardala sagten gegenüber Human Rights Watch, dass sie keine Kontrolle über den Betrieb der israelischen Brunnen und im Sommer gravierenden Mangel erlitten haben.⁴⁸ Bauern aus Bardala gaben an, in Ermangelung von Wasser für die Bewässerung im Vergleich zu früher nur etwa ein Drittel bis die Hälfte des Landes bewirtschaften zu können.⁴⁹ Einige Bauern sind dazu übergegangen, tragbare Wassertanks zur Bewässerung zu kaufen, obwohl die israelischen Streitkräfte in einigen Fällen den Tank konfisziert und die Besitzern mit einer Geldstrafe belegt.

Währenddessen haben die Siedler keine Schwierigkeiten mit dem Zugang zu Wasser: zusätzlich zu einem Swimmingpool gestattet Meholas großzügige Wasserversorgung auch den Anbau von Feldfrüchten für den Export. Der israelischen Organisation Who Profits zufolge produziert Mehola Melonen und Datteln für den Export nach Europa.⁵⁰

Palästinensische Arbeiter in Siedlungen

Für palästinensische Arbeiter ist der Raum für wirtschaftliche Aktivität und Erwerbstätigkeit durch umfassende israelische Restriktionen gravierend eingeschränkt. Dadurch bleibt vielen Palästinensern kaum eine andere Option als in eben jenen Siedlungen Arbeit zu suchen, die doch der Grund für ihre Armut und Chancenlosigkeit sind – trotz der Politik der Palästinensischen Autonomiebehörde, unterstützt von palästinensischen Gewerkschaften, die ihnen von der Arbeit in Siedlungen abraten.

Die israelische Siedlungswirtschaft andererseits profitiert von der Nutzung palästinensischer Arbeitskraft. Palästinenser werden in den Siedlungen hauptsächlich im Bau, in der Landwirtschaft und in den Industriegebieten beschäftigt.

Mindestens 9.500 Palästinenser arbeiten in landwirtschaftlichen Betrieben in Siedlungen, die in einigen Fällen auf Land erbaut wurden, das zuvor von ihnen enteignet wurde. Manche Palästinenser stehen in einer bitter-ironischen Wendung nunmehr auf jenen Ländereien als Lohnarbeiter im Dienst, die ihnen zuvor selbst gehörten.⁵¹ Häufig sind palästinensische Arbeiter von Diskriminierung und Verstößen gegen ihre Rechte betroffen. Während der Mindestlohn in Israel aktuell \$6,00 pro Stunde beträgt, erhalten Palästinenser, die in israelischen Siedlungen im Jordantal arbeiten, durchschnittlich zwischen \$ 2,00-\$ 4,80 pro Stunde.

Keiner der kürzlich von Oxfam befragten palästinensischen Arbeiter erhielt die Zuwendungen, die israelischen Arbeitern von Gesetzes wegen zustehen, wie Urlaub, bezahlte Überstunden, Krankenversicherung oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.⁵²

Laut der israelischen Arbeitsrechts-NRO Kav LaOved, arbeiten auch Kinder ab 12 Jahren saisonweise in der Siedlungslandwirtschaft im Jordantal, vor allem während der Dattel-, Paprika- und Tomatenernte.⁵³

Siedlergewalt

Die Existenz illegaler Siedlungen im besetzten Gebiet ist eine Quelle enormer Anspannung, die häufig zu Gewalt auf beiden Seiten führt. Palästinenser, die nahe einer der Siedlungen leben, die sich über das gesamte Westjordanland verteilen, sind einer wachsenden Zahl gewaltsamer Übergriffe durch Siedler ausgesetzt.

2011 war im Hinblick auf die Anzahl der Siedlerangriffe ein Rekordjahr, mit Gewaltopfern und Sachbeschädigung auf palästinensischer Seite: 32% mehr als 2010 und 144% mehr als 2009. Drei Palästinenser wurden von israelischen Siedlern getötet und 183 verletzt, während umgekehrt acht israelische Siedler von Palästinensern getötet und 37 weitere verletzt wurden. Fast 250.000 Menschen leben in von Siedlergewalt gefährdeten Gemeinschaften.⁵⁴

Darüber hinaus sind im letzten Jahr etwa 100.000 Bäume aus palästinensischem Eigentum, in erster Linie Olivenbäume, von israelischen Siedlern beschädigt oder zerstört worden, und damit die Existenzgrundlage Hunderter Familien maßgeblich beeinträchtigt.⁵⁵ Weitere Formen der Siedlergewalt gegenüber Palästinensern beinhalteten das Werfen von Steinen, das Errichten von Straßensperren, das Abbrennen von Feldern und weitere Sachbeschädigung.

Nach internationalem Recht sind die israelischen Behörden verpflichtet, Recht und Ordnung zu sichern, bei Gesetzesverstößen zu ermitteln und sie zu verfolgen. Trotzdem genießen gewalttätig gewordene Siedler nahezu vollständige Straffreiheit. Der israelischen Menschenrechtsorganisation Yesh Din zufolge wurden 90% der in den letzten Jahren von Palästinensern bei der israelischen Polizei eingelegten Beschwerden über Siedlergewalt ohne Anklage geschlossen.⁵⁶ Von 162 Beschwerden, die in den letzten sieben Jahren von Palästinensern gegen Fälle von Vandalismus an ihren Bäumen eingelegt wurden, kam es in nur einem Fall zu einer Anklage.⁵⁷

1.2 Siedlungen, Handel und internationales Recht

Warum sind Siedlungen illegal?

Als Besatzungsmacht hat Israel die Pflicht, das humanitäre Völkerrecht zu beachten, wie unter anderem in der Vierten Genfer Konvention (1949) und den Haager Abkommen (1907) dargelegt.

Die Vierte Genfer Konvention verbietet es einer Besatzungsmacht, ihre eigenen Bürger in das besetzte Gebiet umzusiedeln (Artikel 49). Die Haager Abkommen verbieten es der Besatzungsmacht, dauerhafte Veränderungen im besetzten Gebiet vorzunehmen, sofern diese nicht durch spezifische militärische Notwendigkeiten bedingt sind oder zum Nutzen der lokalen, hier: der palästinensischen, Bevölkerung vorgenommen werden.⁵⁸

Indem sie De-facto-Annexionen zu verhindern suchen, unterstreichen diese Verbote das Grundprinzip, dass ein Besatzer nur vorübergehende Hoheit über ein besetztes Gebiet erlangt, nicht aber dauerhafte Souveränität.⁵⁹ Sie stehen darin auch mit dem Grundsatz der „Unzulässigkeit, Gebiete durch Krieg zu erwerben“ in Einklang.⁶⁰

Der Bau von Siedlungen für israelische Zivilisten in den besetzten palästinensischen Gebieten verstößt gegen diese internationalen Vereinbarungen, wie vom UN-Sicherheitsrat erklärt und vom Internationalen Gerichtshof bestätigt, und von der EU wiederholt erklärt.⁶¹ Siedlungen verletzen zudem das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung.⁶²

Eine Reihe damit zusammenhängender israelischer Vorgehensweisen sind nach verschiedenen Verfügungen internationalen Menschen- und humanitären Völkerrechts ebenfalls illegal. Dazu zählen beispielsweise:

- die Aneignung palästinensischen Landes für Siedlungen und die Nutzung palästinensischer nicht-erneuerbarer natürlicher Ressourcen;⁶³
- ungerechtfertigte Änderungen bestehender Gesetze zur Wasserzuteilung und Wasserplanung;⁶⁴
- Zerstörung palästinensischer Gebäude und Zwangsumsiedlung von Palästinensern;⁶⁵
- der Bau der Sperranlage, dort, wo ihr Verlauf von der Grünen Linie von vor 1967 abweicht;⁶⁶
- Einschränkungen der Freizügigkeit im Zusammenhang mit Siedlungen.⁶⁷



▲ Den Palästinensern ist der Zutritt zu einigen Straßen in der Altstadt von Hebron verboten, auf Grund der Anwesenheit von Siedlern in dem Zentrum der Stadt. Straßen wie diese waren einst belebte Märkte und sind nun menschenleer. Foto: Trócaire/Eoghan Rice

Was sind die Verpflichtungen der europäischen Regierungen?

Nach internationalem Recht haben Drittstaaten, einschließlich der europäischen Regierungen, folgende Verpflichtungen in Bezug auf schwere Verstöße gegen internationales Recht:

- die Pflicht, eine Situation, die aus einem Verstoß gegen internationales Recht hervorgeht, nicht als rechtmäßig anzuerkennen (Pflicht zur Nichtanerkennung);
- die Pflicht, keine Beihilfe oder Unterstützung zum Erhalt der unrechtmäßigen Situation zu leisten; und
- die Pflicht, die Einhaltung des humanitären Völkerrechts durch Israel sicherzustellen (d. h. größtmöglichen Einfluss auszuüben, um die Verstöße dagegen zu beenden).⁶⁸

In einer kürzlich veröffentlichten juristischen Einschätzung vertritt James Crawford, Professor für internationales Recht an der Cambridge-Universität, die Auffassung, der Handel mit Siedlungen verstoße nicht gegen die Pflicht von Drittstaaten, keine Beihilfe oder Unterstützung zu leisten, da die Verbindung zwischen dem Verhalten des Drittstaates und dem illegalen Verhalten Israels dafür nicht ausreicht.⁶⁹ Jedoch argumentiert Crawford mit Verweis auf die vom Internationalen Gerichtshof im Zusammenhang mit der Besetzung Namibias durch Südafrika 1971 aufgestellten Grundsätze, dass den Handel mit Siedlungen zu gestatten, abhängig von den spezifischen Umständen, in einigen Fällen gegen die Pflicht des Drittstaates zur Nichtanerkennung verstoßen könne.⁷⁰

Anderen Ansichten zufolge haben Drittstaaten sehr wohl eine Verpflichtung, jeglichen Handel mit Siedlungen einzustellen, da die Einfuhrerlaubnis für Produkte aus Siedlungen letztlich einer impliziten Anerkennung der Rechtmäßigkeit von Siedlungen gleichkommt, und daher einen Verstoß gegen die Verpflichtung der Drittstaaten zur Nichtanerkennung darstellt.⁷¹

Crawford weist darauf hin, dass selbst wenn Staaten nicht verpflichtet sind, den Handel mit Siedlungen einzustellen, die Entscheidung eines EU-Mitgliedsstaats, dies zu tun, durch EU- und WTO-Recht gedeckt wäre.⁷²

Des Weiteren argumentiert Crawford, dass der Einkauf landwirtschaftlicher Produkte von Siedlungen durch Drittstaaten (z. B. durch öffentliche Auftragsvergabe) eine Verletzung ihrer Pflicht, einer laufenden Autorisierung eines völkerrechtswidrigen Aktes keine Beihilfe oder Unterstützung zu leisten, darstellen würde - weil die Landwirtschaft der Siedlungen stark auf Wasser angewiesen ist und die Wasserzuteilung im Westjordanland durch Anweisungen des israelischen Militärs geregelt wird, die der Verpflichtung der Besatzer, bestehende Gesetze zu respektieren, zuwiderlaufen.⁷³

Crawford legt zudem dar, dass die Finanzierung des Baus siedlungsbezogener Infrastruktur (z. B. die Jerusalemer Stadtbahn) gegen die Pflicht zur Nichtanerkennung verstoßen könnte, da sie zur Perpetuierung der Besatzung beiträgt.⁷⁴

Im letzten Kapitel schlägt dieser Bericht konkrete Maßnahmen vor, die die EU ergreifen muss, wenn es ihr mit ihrer Verpflichtung, den Siedlungen und den damit einhergehenden Verstößen gegen internationales Recht wirksam entgegenzutreten, ernst ist.

KAPITEL 2 – DIE ZWEI WIRTSCHAFTSSYSTEME DES WESTJORDANLANDES: ÜPPIGE SUBVENTIONEN GEGENÜBER LÄHMENDEN EINSCHRÄNKUNGEN

Bauern und Erzeuger in der Siedlungslandwirtschaft profitieren von breit gefächerten Regierungsanreizen ebenso wie vom freien Zugang zu internationalen Märkten über spezielle Straßen, welche die von Palästinensern bewohnten Gebiete umgehen. In drastischem Gegensatz dazu werden Wirtschaft und Handel auf palästinensischer Seite durch physische und administrative Hindernisse durch die israelischen Behörden gravierend eingeschränkt. Die Palästinenser sind dadurch auf finanzielle Mittel aus der EU und von anderen Geberländern angewiesen.

2.1 Finanzielle Zuwendungen für Siedlungen

Siedlungen haben moderne Agrarindustrien und Industriezonen aufgebaut, die hochwertige Güter für den Export in die EU und internationale Märkte produzieren - teilweise ermöglicht durch die von der israelischen Regierung bereitgestellten Prämien.

Die meisten Siedlungen werden von Israel als „Gebiete mit nationaler Priorität“ klassifiziert, und haben dadurch Anspruch auf eine Bandbreite von finanziellen Zuwendungen und Subventionen, unter anderem für den Bau von Wohnhäusern sowie den Ausbau von Bildung und lokaler Entwicklung. Die Zuschussleistungen für Siedler sind wesentlich höher als die für in den Grenzen von 1967 lebende Israelis. Der israelischen NRO Peace Now zufolge stellt die israelische Regierung für Zuwendungen für Siedler pro Jahr mindestens 1,6 Milliarden Schekel (330 Mio. €) mehr zur Verfügung als für Zuwendungen für im israelischen Kernland lebende Israelis. Darin sind die beträchtlichen Ausgaben für die Sicherheit der Siedlungen nicht enthalten. Die Pro-Kopf-Zuwendungen der Regierung für die lokale Verwaltung der Siedlungen lagen mehr als doppelt so hoch wie innerhalb Israels, während die Ausgaben für Bildung pro Schüler in den Siedlungen 63% höher waren.⁷⁵



▲ Weingüter die Teil einer israelischen Siedlung sind im Jordantal im Westjordanland, gebaut auf beschlagnahmten palästinensischem Gebiet. Foto: Trócaire/Garry Walsh

Etliche Zuschussleistungen betreffen unmittelbar die industriellen und landwirtschaftlichen Geschäftszweige in den Siedlungen, darunter solche, die Güter nach Europa exportieren, und verschaffen ihnen einen signifikanten wirtschaftlichen Vorteil. Einige dieser Zuwendungen beinhalten:

- staatliche Investitionen in die Entwicklung von in Siedlungen erbauten Industriegebieten;
- einen Abschlag von 69% auf die Pacht von für industrielle Nutzung, Tourismus oder Handel bestimmtem Land;
- Boni für Fabriken, darunter Zuschüsse von 24% der Investitionsleistung, Ertragssteuererleichterungen, Zuschüsse für Forschung und Entwicklung von bis zu 60% der Projektkosten, sowie Hilfe bei der Anstellung von Arbeitern in bestimmten Tätigkeitsbereichen;
- Prämien für Landwirtschaft, darunter Zuschüsse von bis zu 25% der Investitionsleistung für den Aufbau landwirtschaftlicher Betriebe, sowie Steuererleichterungen von 25-30% auf Gewinne und auf Investitionen – in Anspruch genommen vor allem von landwirtschaftlichen Betrieben in Siedlungen im Jordantal, die hauptsächlich für den Export nach Europa produzieren.⁷⁶

Die israelische Regierung wendet zudem beträchtliche Mittel für den Ausbau der Infrastruktur in den Siedlungen auf, darunter die bereits erwähnten speziellen Straßen, die den schnellen und ungehinderten Zugang der Siedler zu israelischen und auswärtigen Märkten ermöglichen.

Außerdem verfügt die israelische Regierung sogar über einen gesonderten Subventionstopf, um Exporteuren aus Siedlungen die Einfuhrzölle für die EU zu erstatten. Diese Entschädigungsleistung wurde eingeführt, nachdem die EU und die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) 2005 beschlossen hatten, Siedlungsgüter vom Freihandelsabkommen auszunehmen (siehe Kapitel 4.1). Für 2012 hat die israelische Regierung 10,8 Mio. Schekel (2,2 Mio. €) für diese Rückerstattungen eingeplant.⁷⁷

2005 haben die Staats- und Regierungschefs der EU gemeinsam zur „Abschaffung von finanziellen und steuerlichen Anreizen sowie direkten und indirekten Subventionen [seitens der israelischen Regierung], und zur Rücknahme von Steuervergünstigungen, die Siedlungen und ihre Bewohner begünstigen“ aufgerufen.⁷⁸ Dieser Appell fand jedoch bei der israelischen Regierung keine Beachtung.

2.2 Einschränkungen für Wirtschaft und Handel der Palästinenser

Nach dem Pariser Protokoll von 1994, welches im Zuge des Oslo-Friedensprozesses unterzeichnet wurde und von Israel als Grundlage der wirtschaftlichen Beziehungen mit der Palästinensischen Autoritätsbehörde anerkannt wird, haben Palästinenser das Recht auf unbeschränkten Export ihrer Güter und auf Gleichbehandlung mit israelischen Exporteuren.

EU und EFTA haben Handelsvereinbarungen mit den Palästinensern, die ihnen bevorzugten Zugang zum europäischen Markt gewähren, einschließlich der zollfreien Einfuhr von Industriegütern.⁷⁹ 2011 hat die EU die zollfreie Einfuhr in nach eigener Aussage „einem der großzügigsten je von der EU unterzeichneten [Abkommen] im Bereich der Landwirtschaft“ auf die meisten landwirtschaftlichen Produkte aus den palästinensischen Gebieten ausgeweitet.⁸⁰

Die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis jedoch könnte nicht größer sein. Breit gefächerte israelische Restriktionen unterlaufen effizient die EU-Vereinbarung mit den Palästinensern. Sie betreffen jeden Aspekt ihrer Geschäftstätigkeit, und halten ihre Exporte nach Europa minimal. Zu diesen Einschränkungen zählen:

- **Einschränkungen des Zugangs zu Land und Wasser:** Diese Restriktionen wirken sich besonders lähmend auf den palästinensischen Landwirtschaftssektor aus. Laut UNCTAD hat „die Wirtschaft den Zugang zu 40% der Fläche des Westjordanlandes, zu 82% seiner Grundwasservorkommen und zu mehr als zwei Dritteln seines Weidelandes verloren“; mit „verheerenden“ Auswirkungen.⁸¹ Beschränkungen beim Zugang zu Wasser machen Erzeugnisse aus palästinensischer Landwirtschaft wesentlich teurer als Erzeugnisse aus Siedlungen.⁸²
- **Verbot von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck:** Israel verbietet Palästinensern die Einfuhr verschiedener Güter „mit doppeltem Verwendungszweck“, darunter in Fabriken und in der Landwirtschaft eingesetzte Chemikalien und Dünger. Während israelische Siedler uneingeschränkten Zugang zu diesen Materialien haben, sind Palästinenser gezwungen, auf teurere oder weniger wirksame Alternativen auszuweichen, die die Produktionskosten weiter in die Höhe treiben und häufig größere negative Langzeitfolgen für die Umwelt mit sich bringen.⁸³ Schätzungen zufolge führen die Einschränkungen bei Düngemitteln zu Verlusten der landwirtschaftlichen Produktivität von 20% bis 33%.⁸⁴
- **Hindernisse für den Gütertransport:** Während Siedler freien und direkten Zugang zu israelischen und internationalen Märkten genießen, müssen alle palästinensischen Güter die für Israel oder den Export ins Ausland bestimmt sind, israelische Checkpoints passieren, wo die palästinensischen Fahrzeuge entladen und die Güter ausgiebig überprüft werden, bevor sie dann auf der anderen Seite auf ein israelisches Fahrzeug verladen werden können (das sogenannte „Back-to-Back“-System). Dieses System ist enorm zeitaufwändig; oft werden dabei auch die Produkte beschädigt. Für internationale Märkte bestimmte palästinensische Produkte durchlaufen dann israelische Hafen- und Flughafenterminals, wo sie weiteren Benachteiligungen, Hindernissen und ausgedehnten Verzögerungen ausgesetzt sind. All diese Hindernisse mindern die Wettbewerbsfähigkeit palästinensischer Produkte signifikant und erhöhen die Unvorhersehbarkeit ihrer Lieferzeiten und ihrer Qualität.⁸⁵



▲ Eine Fotografie hebt das Leben in einem belebten Markt Hebrons von 1999 im Kontrast zum Leben in der Straße heute vor. Die Altstadt von Hebron wurde für Palästinenser geschlossen und hat somit die Stadt in eine Geisterstadt verwandelt. Foto: Trócaire/Eoghan Rice

- **Abriegelung des Gazastreifens:** Verglichen mit dem Westjordanland ist der Gazastreifen noch strengeren Restriktionen ausgesetzt, besonders seit der Machtübernahme der Hamas 2007. Exporte aus Gaza, auf dessen Gebiet 1,6 Millionen Palästinenser leben, unterliegen einer nahezu vollständigen Sperre, was zum geringen Gesamtvolumen palästinensischer Exporte beiträgt. Trotz der Lockerung einiger Restriktionen durch Israel seit 2010 liegt das Exportvolumen aus dem Gazastreifen nach wie vor bei unter 2% des Wertes von vor 2007.⁸⁶ EU-Importe aus dem Gazastreifen beschränkten sich in den fünf Jahren der Blockade auf ein paar Lieferungen landwirtschaftlicher Produkte in die Niederlande und zwei Lastwagen mit Bekleidung nach Großbritannien.⁸⁷

Insgesamt stellen die israelischen Restriktionen der Weltbank zufolge „nach wie vor das größte Hindernis für nachhaltiges Wirtschaftswachstum“ in den besetzten palästinensischen Gebieten dar.⁸⁸ Eine von ihr zitierte palästinensische Studie schätzte die Gesamtkosten der von Israel verhängten Beschränkungen für 2010 auf \$6,9 Mrd. (€5,2 Mrd.) oder 85% des gesamten palästinensischen BIP. Mit anderen Worten: Würden die Restriktionen aufgehoben, wäre die palästinensische Wirtschaft nahezu doppelt so groß wie sie heute ist.⁸⁹

“Die seit den 1990er Jahren zunehmenden Einschränkungen des Güter- und Personenverkehrs über die Grenzen Israels zum Westjordanland und Gazastreifen, die in der Abriegelung des Gazastreifens und dem Bau der Sperranlage kulminierten, hat in den letzten Jahren zu einem Exportrückgang auf unter 15% des BIP geführt – von mehr als der Hälfte des BIP in den 1980ern, als Palästinenser noch größtenteils freien und ungehinderten Handel mit Israel treiben konnten.”

Internationaler Währungsfonds⁹⁰

“Die wenigsten Volkswirtschaften standen je einem so umfassenden Aufgebot von Investitionshürden gegenüber – bestehend nicht nur aus physischen Behinderungen der Bewegungsfreiheit, sondern auch aus umfangreichen institutionellen und administrativen Schranken. [...] Die zahlreichen israelischen Straßensperren, abgesperrten Gebiete, zugangsbeschränkte Straßen und wachsende Siedlungen haben die palästinensischen Gemeinschaften in isolierte Bezirke zerteilt, was ihre Transportkosten erhöht und die Fähigkeit palästinensischer Betriebe zur Kostensenkung durch Massenproduktion maßgeblich einschränkt.”

Weltbank⁹¹

2.3 EU-Förderung und palästinensische Abhängigkeit von Hilfsleistungen

Durch die israelische Siedlungspolitik und die der palästinensischen Wirtschaft in diesem Zusammenhang auferlegten Einschränkungen hängt annähernd ein Drittel der Ausgaben der Palästinensische Autonomiebehörde von Fördermitteln der EU und anderen auswärtigen Geldgebern ab.⁹² Die EU ist der größte Geldgeber für die Palästinenser, mit Mitteln in Höhe von ca. €5 Mrd. zwischen 1994 und 2011⁹³ und €525 Millionen allein in 2011.⁹⁴ Diese Summe beinhaltet nicht zusätzliche bilaterale Zuwendungen durch die einzelnen Mitgliedstaaten.

Obwohl Palästinenser zu den Empfängern der weltweit pro Kopf höchsten Hilfgelderbeträge zählen, können ausländische Gelder die lähmende Wirkung der israelischen Einschränkungen zu Märkten und Ressourcen nicht aufwiegen. Die PA ist derzeit mit einer akuten Haushaltskrise konfrontiert, und Proteste gegen die wirtschaftliche Misere breiten sich im gesamten Westjordanland aus. Die erwarteten Hilfgelder von \$1,14 Mrd. (€0,9 Mrd.) werden nicht ausreichen, um das veranschlagte Haushaltsdefizit von \$1,5 Mrd. (€1,2 Mrd.) zu decken.⁹⁵ Die Europäische Kommission hat kürzlich weitere Fördergelder von €100 Mio. für die Palästinenser angekündigt.⁹⁶

Die Haushaltskrise der PA und ihre Abhängigkeit von hohen Hilfgeldern aus dem Ausland könnten beträchtlich verringert oder sogar gänzlich verhindert werden, wenn die israelische Regierung ihre lähmenden Restriktionen für die palästinensische Wirtschaft aufheben würde. Eine von der Weltbank zitierte aktuelle Schätzung zeigt, dass wenn die israelischen Behinderungen der palästinensischen Landwirtschaft nur so weit aufgehoben würden, dass die Bebauung von zusätzlichen 3,5% der Zone C im Jordantal möglich wäre, die palästinensische Wirtschaft um \$1 Mrd. zulegen könnte – so viel wie die PA jährlich an ausländischen Hilfgeldern erhält.⁹⁷

Die Ausweitung der Siedlungen und damit einhergehender Vertreibung von Palästinensern aus den C-Gebieten unterlaufen die Wirksamkeit europäischer Zuwendungen und das erklärte Ziel dieser Förderung: eine palästinensische Staatlichkeit als Teil einer Zweistaatenlösung. Indem sie Handel mit Siedlungen treibt und so zu ihrem Fortbestehen beiträgt, unterminiert die EU ihre eigenen Investitionen in die palästinensischen Bemühungen zum Aufbau eines Staates.



▲ Laith Nasser (3) aus dem Dorf von Susiya im Süd Hebron Gebirge, welches zur Zeit der Gefahr ausgesetzt ist zerstört zu werden. Laith's Familie hat sieben mal erleben müssen wie ihr Haus zerstört wurde. Foto: Trócaire/Eoghan Rice

Des Weiteren haben die Hilfgelder der EU – so entscheidend sie für die dringlichen Bedürfnisse von in Armut lebenden Palästinensern waren – die israelische Regierung auch effektiv von ihrer Verpflichtungen als Besatzungsmacht, das Wohl der besetzten Bevölkerung sicherzustellen, befreit.

Wenn EU-Hilfen dauerhafte Wirkung haben und nicht nur den Status Quo zementieren sollen, ist es erforderlich, dass Regierungen nicht nur Gelder, sondern auch den politischen Willen investieren, die grundlegenden Ursachen für die palästinensische Armut und Hilfsbedürftigkeit anzusprechen.

“Gegenwärtig begleichen internationale Geldgeber den Großteil der Rechnung für die Folgen der Besatzung, die nach der Genfer Konvention von Israel getragen werden sollte. [...] Wenn Israel, wie von seinem Premierminister angekündigt, den Siedlungsausbau weiter fortsetzt und damit eine Übereinkunft über einen lebensfähigen palästinensischen Staat so gut wie unmöglich macht, soll dann die internationale Gemeinschaft die Achseln zucken und weitere Schecks ausstellen? Das Geld, das ich als EU-Kommissar über fünf Jahre hinweg im Namen europäischer Wähler und Steuerzahler in Palästina ausgegeben habe, ist im blutgetränkten Sand versickert.”

Chris Patten, ehemaliger EU-Kommissar für Auswärtige Beziehungen⁹⁸

KAPITEL 3 – EUROPAS WIRTSCHAFTLICHE VERBINDUNGEN MIT SIEDLUNGEN

Während die EU die illegalen israelischen Siedlungen verurteilt und eine palästinensische Staatsgründung unterstützt, importiert sie gleichzeitig fünfzehnmal mehr aus Siedlungen als von Palästinensern. Zusätzlich haben einige europäische Firmen in Siedlungen und dazugehörige Infrastruktur investiert oder bieten ihnen Dienstleistungen an. Diese wirtschaftlichen Verbindungen tragen dazu bei, die finanzielle Existenz und weitere Wachstumsfähigkeit der Siedlungen zu sichern. Da die meisten Siedlungsprodukte unter der irreführenden Kennzeichnung „Hergestellt in Israel“ verkauft werden, unterstützen auch viele europäische Verbraucher unwissentlich das Siedlungsgeschäft.

Die EU ist als Abnehmer von 20% des israelischen Gesamtexportvolumens Israels führender Handelspartner. Im Falle der Siedlungen ist die EU aufgrund des hohen Anteils an frischen Agrarprodukten in deren Exportgut möglicherweise sogar noch wichtiger. 66% des von Israel exportierten Obst und Gemüses gehen an den europäischen Markt; für frische Erzeugnisse aus Siedlungen kann von einer ähnlichen Zahl ausgegangen werden.⁹⁹ Europa ist außerdem der Hauptexportmarkt für zwei bedeutende Industriebetriebe in den Siedlungen: Ahava (Kosmetika) und SodaStream (Kohlensäuregeräte für Trinkwasser).

3.1 Handelsvolumen der Siedlungen mit der EU

Das exakte Exportvolumen aus den Siedlungen in die EU ist schwer festzustellen, da die EU keine gesonderten Handelsdaten für Siedlungen erhebt. Das israelische Außenministerium hat jedoch kürzlich der Weltbank wgegenüber mitgeteilt, dass Siedlungsexporte in die EU sich auf 300 Millionen US\$ pro Jahr belaufen (€230 Millionen).¹⁰⁰ Das macht ungefähr 2% des israelischen Gesamtexportvolumens an die EU aus.¹⁰¹

Diese Zahl liegt unter dem Anteil der Siedler an der israelischen Gesamtbevölkerung (ca. 7%) und dem der Siedlungswirtschaft an Israels BIP, der nach Schätzungen der OECD bei 3.9% liegt.¹⁰²

Es ist wahrscheinlich, dass, würden auch Erzeugnisse, die ganz oder teilweise in Siedlungen hergestellt oder verpackt wurden in die Berechnung der Siedlungsexporte nach Europa einfließen, der Wert deutlich höher wäre.

Während Siedlungsexporte einen relativ geringen Anteil am israelischen Gesamtexportvolumen ausmachen mögen, belaufen sie sich jedoch in absoluten Zahlen auf eine beträchtliche Höhe, und sind von überlebenswichtiger Bedeutung für die wirtschaftliche Existenzfähigkeit vieler Siedlungen. Handel mit Siedlungen stützt ihre Wirtschaft und trägt zu ihrem Fortbestand und Wachstum bei, während er damit auch einen Beitrag zur Perpetuierung der damit zusammenhängenden Belastungen für palästinensische Gemeinschaften leistet.

Siedlungsexporte in die EU übersteigen bei weitem die palästinensischen Exporte in die EU, die während der letzten fünf Jahre durchschnittlich 15 Millionen € pro Jahr betragen.¹⁰³ In der Tat liegt der Exportwert aus illegalen Siedlungen in die EU, ausgehend von den Angaben gegenüber der Weltbank, ungefähr fünfzehnmal höher als der Wert palästinensischer Exporte.

Mehr als 4 Millionen Palästinenser und über 500.000 israelische Siedler leben in den besetzten Gebieten. Pro Kopf gerechnet importiert die EU also mindestens 100mal mehr pro Siedler als pro Palästinenser – obwohl sie einerseits die illegalen Siedlungen verurteilt und andererseits beträchtliche finanzielle Mittel für die wirtschaftliche Lebensfähigkeit und Entwicklung der Palästinensischen Autonomiebehörde aufwendet.

€15 Millionen
palästinensische Exporte
an die EU



€230 Millionen
an Exporten aus illegalen
Siedlungen an die EU



Diese Diskrepanz ist zu wesentlichen Teilen auf die großzügigen Anreize der israelischen Regierung für Siedlungsbetriebe und auf die lähmenden Einschränkungen der palästinensischen Wirtschaft zurückzuführen, wie im vorangegangenen Kapitel beschrieben. Indem Europa weitaus mehr aus Siedlungen importiert, die von der Besatzung profitieren, als von Erzeugern, die unter ihr leben, trägt es zur Zementierung des diskriminierenden Zweiklassensystems im Westjordanland bei.

3.2 Die gängigsten in Europa gehandelten Siedlungserzeugnisse

Landwirtschaftliche Produkte

Zu den in Siedlungen angebauten Agrarerzeugnissen gehören Datteln, Trauben, Paprika, frische Kräuter, Schnittblumen, Avocados, Zitrusfrüchte, Tomaten, Auberginen, Gurken und Kartoffeln.¹⁰⁴

Die Produkte sind vor allem während der Wintermonate in den Regalen des europäischen Einzelhandels zu finden, wenn ihre Saison in Europa vorüber ist. In den meisten europäischen Ländern, wo es keine klaren Kennzeichnungsrichtlinien gibt, und wo Supermärkte fortgesetzt Siedlungsgüter beziehen, ist es für den Kunden im Allgemeinen unmöglich festzustellen, ob mit ‚Israel‘ bezeichnetes Obst oder Gemüse aus Israel oder aus den Siedlungen stammt.

Frische Agrarerzeugnisse aus Siedlungen werden von israelischen Firmen, die ihre Waren sowohl aus Israel als auch aus Siedlungen beziehen, nach Europa exportiert. Mehadrin ist derzeit die größte israelische Exportfirma für die Ausfuhr von Obst und Gemüse in die EU und den Rest der Welt, gefolgt von Arava Export Growers. Beide Firmen sind für ihre Aktivität in den Siedlungen im Jordantal bekannt. Hadiklaim ist Israels Hauptexporteur von Datteln, von denen ein großer Anteil aus Siedlungen stammt.¹⁰⁵

Abgesehen von frischen Erzeugnissen wird eine Reihe in Europa verkaufter israelischer Weine aus in Siedlungen angebauten Trauben hergestellt. Der israelischen NRO Who Profits zufolge haben alle großen israelischen Weinkellereien, die nach Europa exportieren, Weingüter in den besetzten Golanhöhen; die meisten von ihnen außerdem im Westjordanland.¹⁰⁶ Zu den Nahrungsmittelbetrieben aus Siedlungen im Westjordanland, die nach Europa exportieren, gehören Achdut (Hersteller von Achva Halva) und Adanim Tea (Kräutertees).¹⁰⁷



▲ Nahansicht von Zitrusfrüchten im Supermarkt. Foto:www.freeimageworks.com

Infokasten – Das besetzte Jordantal: Wachsende Ungerechtigkeit

Aufgrund seines Klimas und der reichen Wasservorkommen ist das Jordantal das wichtigste Landwirtschaftsgebiet des Westjordanlandes und könnte der Brotkorb eines künftigen palästinensischen Staates sein. Jedoch kontrollieren und nutzen jetzt israelische Siedler den Großteil seiner Anbaufläche und Wasserressourcen. Die Siedler haben moderne Agrarbetriebe aufgebaut, die große Mengen landwirtschaftlicher Erzeugnisse hervorbringen, in erster Linie für den Export:

- Der Wert der Agrarproduktion in den Siedlungen des Jordantals wird auf jährlich rund 500 Millionen Schekel (€100 Millionen) geschätzt.¹⁰⁸
- Zu den wichtigsten landwirtschaftlichen Produkten zählen Datteln, Paprika und frische Kräuter.¹⁰⁹
- Über 80% der in den Siedlungen des Jordantals angebauten Datteln sind für den Export bestimmt.¹¹⁰
- Etwa 70% der von den Siedlungen des Jordantals produzierten Trauben sind für den Export bestimmt und machen etwa die Hälfte aller von Israel exportierten Trauben aus.¹¹¹
- Frische Kräuter aus den Siedlungen des Jordantals sind alle für den Export und stellen etwa die Hälfte der gesamten israelischen Exporte frischer Kräuter dar; 80% davon werden nach Europa exportiert (hauptsächlich nach Frankreich, in die Schweiz, die Niederlande und die skandinavischen Länder).¹¹²

Während das Jordantal den Großteil der nach Europa exportierten Siedlungserzeugnisse liefert, ist es auch eine Region, in der das Siedlungswachstum sich besonders erschwerend auf das Leben der lokalen palästinensischen Gemeinschaften auswirkt, und die Ungerechtigkeiten zwischen Siedlern und Palästinensern am drastischsten ausgeprägt sind. Israelische Siedler machen 13% der Bevölkerung des Jordantals aus, kontrollieren dabei aber effektiv 86% seiner Fläche. Landaneignungen, Hauszerstörungen und Vertreibung haben sich in den letzten Jahren beschleunigt. Die israelische Regierung hat zudem einen Plan erörtert, die Zuteilung von bebaubarem Land für Siedler im Jordantal um 130% und ihre Wasserrationen um 20% zu steigern.¹¹³ Die europäische Nachfrage nach Siedlungsobst und -gemüse trägt zu diesen Entwicklungen bei.



▲ Die Firma Ahava kennzeichnet ihre Produkte mit "Made in Israel" trotz der Tatsache, dass diese in Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten hergestellt werden. Die Postleitzahl 86983, welche in kleinen Buchstaben auf der Verpackung angezeigt ist, ist die Postleitzahl der israelischen Siedlung Mitzpe Shalem am Toten Meer. Foto: Norwegian People's Aid

Industriegefertigte Güter

Siedlungen im Westjordanland produzieren eine Bandbreite industriell gefertigter Güter, die zum größten Teil in eigens dafür errichteten Industriezonen hergestellt werden. Wie die Siedlungen selbst stellen auch die Industriezonen einen Verstoß gegen internationales Recht dar, das es der Besatzungsmacht untersagt, in besetzten Gebieten permanente Infrastruktur zu errichten, sofern sie nicht militärischen Nutzen hat oder den Interessen der lokalen Bevölkerung dient.¹¹⁴ Beispiele von in Siedlungen hergestellten und in Europa verkauften Industrieprodukten sind:

Ahava-Kosmetik:

Ahava – Dead Sea Laboratories ist eine Kosmetikfirma, die in der Westbank agiert. Alle ihre Produkte werden in Mitzpe Shalem hergestellt, eine israelische Siedlung im besetzten Jordantal, am Ufer des Toten Meeres. Laut Who Profits besitzt die Firma außerdem eine Lizenz, für einige ihrer Produkte Schlamm aus dem besetzten Gebiet des Toten Meeres zu entnehmen – ein Verstoß gegen internationales Recht, das die Nutzung natürlicher Ressourcen eines besetzten Gebietes für kommerzielle Nutzung verbietet. Ahava exportiert einen signifikanten Anteil seiner Produkte nach Übersee, darunter in etwa 20 europäische Länder.¹¹⁵

Ahava hat 2008 einen Exportgewinn von \$17 Millionen erzielt. Produkte der Firma werden in ganz Europa in Ahava-Markengeschäften sowie in Apotheken und Einzelhandelsketten verkauft. Obwohl sie in einer Siedlung im Westjordanland hergestellt werden, sind sie als „Hergestellt in Israel“ gekennzeichnet, und führen so die Verbraucher in die Irre. Etwa 45% der Firmenanteile sind im Besitz zweier Siedlungen, was bedeutet, dass Einkünfte aus dem Verkauf von Ahava-Produkten direkt deren Bestand und Entwicklung unterstützen.¹¹⁶

SodaStream Kohlensäure-Besprudelungsgeräte:

SodaStream produziert Geräte für die Besprudelung von Wasser und Softdrinks in Privathaushalten. SodaStream-Produkte, auch bekannt unter dem Markennamen Soda Club, werden weltweit in über 35.000 Geschäften verkauft, und 68% der Verkäufe entfallen auf Europa. SodaStream-Geräte sind besonders beliebt in Schweden; Schätzungen zufolge besitzt jeder fünfte schwedische Haushalt ein SodaStream-Gerät.¹¹⁷

Das Hauptwerk liegt im Industriegebiet Mishor Adumim im Westjordanland. Mishor Adumim ist ein Teil von Ma'ale Adumim, einer der größten Siedlungen, strategisch im Osten von Jerusalem gelegen, dessen Errichtung als eine der größten Landenteignungen palästinensischer Privatgrundstücke während der ganzen Besatzungszeit betrachtet wird.¹¹⁸ SodaStream zahlt Steuern an die Stadt Ma'ale Adumim; seine Einkünfte finanzieren somit unmittelbar diese Siedlung, die das Westjordanland geografisch effektiv spaltet, und die als erhebliches Hindernis für eine mögliche zukünftige Friedensvereinbarung bewertet wird.¹¹⁹

Die Firma hat auch eine Produktionsstätte im israelischen Kernland und hat zuletzt widersprüchliche Angaben darüber gemacht, wo verschiedene Geräte für unterschiedliche Märkte hergestellt werden. Die Produkte werden im Ausland gemeinhin unter der Kennzeichnung „Hergestellt in Israel“ verkauft.¹²⁰

Keter Plastik:

Die israelische Firma Keter Plastic ist ein Großhersteller von Plastikmöbeln für Zimmer und Garten und Haushaltsprodukten, der weltweit in 90 Ländern agiert. Keter und seine Tochtergesellschaft Lipski betreiben zwei Fabriken im Barkan-Industriegebiet im Westjordanland, haben aber auch eine Reihe weiterer Fabriken in Israel selbst und im Ausland. Es ist unklar, welche der Keter-Produkte in den zwei Siedlungsfabriken hergestellt werden.¹²¹

Weitere Industriebetriebe, die ihren Sitz in Siedlungs-Industriezonen haben und nach Europa exportieren, sind beispielsweise Barkan Mounts (Fernsehalterungen), Ofertex (Textilerzeugnisse), Supergum (Kunststoffe für den Automobilbau), Tip Top Toys Star (Interstar Spielzeuge), Twitoplast (Plastikaccessoires) und Yardeni Locks (Schließanlagen). Viele dieser Firmen liefern Einzelteile, die auf internationalen Märkten unter verschiedenen Markennamen verkauft werden.¹²²

Geschichte einer palästinensischen Dattelfarm im Jordantal: ein harter Acker¹²³

16 Kilometer nördlich vom Toten Meer betreibt Zuhair Al-Manasreh das größte palästinensische landwirtschaftliche Entwicklungsprojekt im Westjordanland. Nakheel Palestine for Agricultural Investment zieht Dattelpalmen auf 750 Acres rund um die Stadt Jericho im Jordantal. Mit seinen 20.000 Bäumen erwartet der drei Jahre alte Betrieb dieses Jahr einen Ertrag zwischen 400 und 600 Tonnen hochwertiger Medjool-Datteln für den Export.

Das ist jedoch nur ein Bruchteil dessen, was seine israelischen Konkurrenten im Jordantal derzeit exportieren. Mit Hilfe umfangreicher Regierungssubventionen konnten israelische Siedler Dattelfarmen von industriellen Ausmaßen aufbauen und überschwemmen damit die Märkte.

Im Gegensatz dazu sind Palästinenser im Jordantal von Restriktionen bei der Land- und Wassernutzung und beim Bau betroffen, was für Firmen wie Nakheel Palestine bedeutet, dass sie nicht auf Augenhöhe konkurrieren. Ohne angemessene Lager- oder Kühlmethode müssen palästinensische Bauern ihre Produkte schnell verkaufen, bevor sie verderben. Israelische Checkpoints und Einschränkungen beim Gütertransport auf Märkte machen das schwierig.

Trotz allem sagt Al-Manasreh, Datteln anzubauen sei eine strategische Entscheidung, um die palästinensische Existenz und Landwirtschaft im Jordantal aufrechtzuerhalten. Ohne ausreichend Wasser gibt es kaum andere Früchte, die Palästinenser anbauen können. Während Siedlungsfarmen neue, tiefe Brunnen bohren dürfen, sorgen die Beschränkungen des palästinensischen Wasserverbrauchs dafür, dass sie sich mit älteren, seichten Brunnen mit versalzenem, brackigem Wasser begnügen müssen. Datteln gehören zu den wenigen Agrarprodukten, die dieses minderwertige Wasser aushalten. Da Datteln zum Großteil als halbtrockene Früchte verkauft werden, haben sie eine längere Haltbarkeit und überstehen die langwierigen Verzögerungen, denen palästinensische Exportgüter an israelischen Checkpoints und Hafenterminals ausgesetzt sind.

“In Datteln zu investieren ist für Palästinenser im Jordantal bei der derzeitigen Lage die richtige Wahl“, erklärt Al-Manasreh. “Viel bebaubares Land im Jordantal ist von palästinensischen Bauern aufgegeben worden, weil sie keinen Zugang zu Wasser haben. Wenn Land brachliegt, kann es leicht von Siedlungsfarmen konfisziert werden. Bei unserer Strategie geht es nicht nur darum, Geld zu verdienen; es geht auch darum, die palästinensische Produktion am Laufen zu halten, und Bauern Anreize zum Ackerbau zu geben.”

Mit dem Ziel, eine stabile Alternative zur Arbeit in der Siedlungslandwirtschaft zu bieten, beschäftigt Nakheel Palestine derzeit 40 Vollzeit- und 100 Saisonarbeiter. Mit den Plänen, in den nächsten zwei Jahren weitere 24.000 Dattelpalmen zu pflanzen, erwartet Al-Manasreh die Verdreifachung seiner Belegschaft.

Dennoch: Bis die den Palästinensern im Jordantal von Israel auferlegten Hindernisse außer Kraft gesetzt sind, ist es unwahrscheinlich, dass die Firma ihr ganzes Potenzial entfalten kann.



▲ Arbeiter sortieren Datteln für den Export bei “Nakheel Palestine for Agricultural Investment”.

Ihre Betriebe erstrecken sich über Ländereien, die in die Zone C fallen. Durch die Restriktionen und die mangelnde Entwicklung in den C-Gebieten musste die Firma von Null aufgebaut werden, oft ohne Genehmigungen, die zu erhalten nahezu unmöglich ist. Um Arbeiter und Güter zwischen den Ländereien und zu Märkten zu transportieren, musste Nakheel Palestine ihre eigenen agrikulturellen Straßen bauen. Sie mussten auch ihr eigenes Stromnetz aufbauen, was \$100,000 gekostet hat, um Arbeitsstätten und Bewässerungssysteme zu versorgen. Die Firma ist auch von Beschränkungen beim Bau von Lagerhäusern betroffen, und es stehen Abrissbefehle gegen eines ihrer Reservoirs, einen Brunnen, eine Lagereinrichtung, ein Ruhehaus für Feldarbeiter und ein Computerarbeitsplatz. Nakheel Palestine hat drei Fälle, die die Abrissbefehle anfechten, vor das Oberste Gericht Israels gebracht.



▲ Palästinenser ernten Datteln in der Tomer Siedlung, Jordantal. Foto: Jean-Patrick Perrin

Datteln aus dem Jordantal

Datteln aus dem besetzten Jordantal sind eines der bekanntesten landwirtschaftlichen Siedlungserzeugnisse und sind in Supermarktregalen auf der ganzen Welt zu finden.

Mehr als 80% der Datteln aus dem Jordantal werden für den Export angebaut.¹²⁴ 2011 hat der weltweite Dattlexport aus Israel 25.000 Tonnen erreicht, von denen 12.000 in den Siedlungen des Jordantals produziert wurden. Viele davon sind die beliebten Medjool-Datteln. Israel erzeugt über 50% der Medjool-Datteln weltweit; die Hälfte davon stammen aus den Siedlungen im Jordantal.¹²⁵

Im Unterschied zu den Dattelaufkommen aus israelischen Siedlungen erzeugen Palästinenser in den besetzten Gebieten rund 2.500 Tonnen Datteln, von denen etwa 300 Tonnen exportiert werden, zum größten Teil in die Golfstaaten.¹²⁶

Der größte israelische Dattlexporteur ist die Firma Hadiklaim. Hadiklaim weist offenbar alle Datteln als israelische Erzeugnisse aus, und macht es damit schwer für den Verbraucher, zwischen Datteln aus dem israelischen Kernland und aus dem besetzten Jordantal zu unterscheiden.



▲ Datteln zum Verkauf in den Niederlanden. Der Aufkleber sagt "West Bank" welches den Konsumenten im Unklaren lässt, ob die Früchte aus israelischen Siedlungen kommen oder von Palästinensischen Siedlungen. Auf Nachfrage sagt der Verkäufer, dass die Datteln aus der Tomer Siedlung im Jordantal kommen. Foto: Willemijn Leenhouts/Cordaid

3.3 Beteiligung europäischer Firmen

Über den Handel mit Siedlungsgütern hinaus sind einige internationale Firmen in Siedlungen aktiv, darunter durch das Angebot von Dienstleistungen und Unterstützung der siedlungsbezogenen Infrastruktur. Zu diesen Aktivitäten zählt der Bau von Transport-Infrastruktur, Bereitstellung von Transportdiensten zu Siedlungen, Lieferung von Ausrüstung für Checkpoints, Bereitstellung von Sicherheitsdienstleistungen für Siedlungsbetriebe, Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen, und die Investition in Siedlungsfabriken. Unten folgt eine Reihe prominenter Beispiele, basierend auf neusten Angaben aus verschiedenen Quellen:

- **G4S**, die britisch-dänische multinationale Firma, bietet über ihre israelische Tochtergesellschaft Sicherheitsdienste und Equipment für israelische Checkpoints, für Gefängnisse, die Palästinenser in Israel von den besetzten Gebieten fernhalten, und für Privatbetriebe in Siedlungen. In Reaktion auf gesellschaftlichen Druck erklärte G4S, dass sie einige der kontroversen Verträge zwischen 2012 und 2015 beenden würden.¹²⁷
- **Alstom**, die französische multinationale Firma, war an der Stadtbahn beteiligt, die Jerusalem unter Verstoß gegen internationales Recht mit nahegelegenen Siedlungen verbindet, und 2011 den Betrieb aufgenommen hat. Ende 2011 kündigte Alstom an, seine Anteile des Projektkonsortiums verkaufen zu wollen, hatte damit jedoch noch keinen Erfolg. Alstom ist außerdem als Lieferant der Zugeinheiten weiterhin in die Aufrechterhaltung involviert.¹²⁸
- **Veolia**, eine französische multinationale Firma, war ebenfalls am Jerusalemer Stadtbahnprojekt beteiligt, unter anderem durch einen Mehrheitsanteil an der Firma, welche die Züge betreibt. In der Folge von Kampagnen und negativer Publicity erklärte Veolia, seine Anteile verkaufen zu wollen, was aber bis jetzt von den Jerusalemer Verkehrsbehörden verhindert wurde, mit denen das Unternehmen vertragliche Verpflichtungen hat. Durch eine seiner israelischen Tochterfirmen hat Veolia zudem einen Vertrag über die Müllabfuhr von einer israelischen Militärbasis im Jordantal.¹²⁹
- **Heidelberg Cement**, der deutsche Zementhersteller, besitzt einen Sand- und Kiessteinbruch und zwei Transportbetonwerke im Westjordanland, über seine israelische Tochterfirma Hanson Israel. Steinbruchaktivitäten, die zum Nutzen der israelischen Industrie statt der Bevölkerung der besetzten Gebiete ausgeführt werden, stehen internationalem Recht entgegen. Heidelberg Cement hat versucht, seine Betriebe im Westjordanland zu verkaufen, bisher jedoch ohne Erfolg.¹³⁰

Einige europäische Firmen haben ihre Aktivitäten im Westjordanland bereits in den letzten Jahren eingestellt, nachdem sie durch die Zivilgesellschaft, in einigen Fällen auch durch die Regierung, darauf aufmerksam gemacht wurden, wie problematisch diese nach internationalem Recht sind:

- **AssaAbloy**, der schwedische Hersteller von Schlössern, hat die Fabrik der israelischen Firma Mul-T-Lock, die zu AssaAbloy gehört, vom Barkan-Industriegebiet im Westjordanland auf eine Betriebsstätte innerhalb der Grünen Linie umgesiedelt. AssaAbloy gab den Umzug 2008 als Reaktion auf die Kritik in einem Bericht schwedischer NRO, die von der schwedischen Regierung aufgegriffen wurde, bekannt. Die Firma hat den Umzug 2011 abgeschlossen.¹³¹
- **Deutsche Bahn**, das staatliche deutsche Schienenunternehmen, hat sich im März 2011 aus dem oben erwähnten Stadtbahnprojekt zwischen Jerusalem und Tel Aviv zurückgezogen – auf eine Intervention der deutschen Regierung hin. Der Verkehrsminister bezeichnete das Projekt als „problematisch für die Außenpolitik, und potenziellen Verstoß gegen internationales Recht“.¹³²
- **Unilever**, das britisch-niederländische multinationale Unternehmen ist gerade dabei, die Fabrik der israelischen Firma Beigel & Beigel, die zu Unilever gehört, vom Barkan-Industriegebiet ins israelische Kernland umzusiedeln. Beigel & Beigel ist ein Großproduzent von Salzbrezeln, Crackern und Keksen. Der Umzug soll bis Dezember 2012 abgeschlossen sein.¹³³

Diese Beispiele zeigen den Firmen, die nach wie vor Geschäfte in Siedlungen betreiben, den Weg, der zu beschreiten ist. Sie zeigen auch, dass Regierungen eine konstruktive Rolle dabei spielen können, die Beteiligung von Firmen an den Siedlungen und der Besetzung zu beenden und zu verhindern.

Betriebe, die in Verstöße gegen internationales Recht verwickelt sind, sind möglicherweise dem Risiko rechtlicher Schritte ausgesetzt. Darüber hinaus bekennen sich Firmen zunehmend zu internationalen Rahmenbedingungen der Corporate Social Responsibility (CSR), die sich in den letzten Jahren herausgebildet haben – und werden in der Folge auch zunehmend an diesen gemessen. Diese Rahmenbedingungen beinhalten die 'Ruggie-Richtlinien' (UN-Menschenrechtsleitlinien für Unternehmen) und die OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen. Beide Rahmenwerke empfehlen Firmen eine Prüfung der Auswirkungen ihrer Aktivitäten auf Menschenrechte (darunter potenzielle Verstöße gegen humanitäres Völkerrecht) als Teil ihrer CSR-Politik. Sie raten Unternehmen, negative Auswirkungen auf Menschenrechte in Verbindung mit ihren Aktivitäten zu vermeiden, selbst wenn sie nicht unmittelbar zu diesen Auswirkungen beitragen. Diese Rahmenbedingungen benötigen die Bereitstellung effektiver Richtlinien für Firmen durch Regierungen.¹³⁴

Die Handels- und Investitionsverflechtungen zwischen Europa und den Siedlungen stützen deren wirtschaftliche Existenz und ihr weiteres Wachstum. Wenn es den europäischen Regierungen mit ihrem Bekenntnis zu internationalem Recht und dem Frieden im Nahen Osten ernst ist, sind sie dringend aufgefordert, ihren Worten Taten folgen zu lassen und diese wirtschaftlichen Verflechtungen zu lösen.

KAPITEL 4 – EUROPÄISCHE POLITIK GEGENÜBER SIEDLUNGEN

Die Europäische Union kritisiert und verurteilt die israelische Siedlungspolitik in regelmäßigen Abständen. Dennoch trägt sie durch den Kauf ihrer Produkte gleichzeitig zur Lebensfähigkeit der Siedlungen bei. Darüber hinaus stimmt Europa, durch die Akzeptanz von mit „Israel“ als Herkunftsland gekennzeichneten Importgütern aus Siedlungen, stillschweigend der schleichenden Herrschaftsausdehnung Israels zu. Und indem sie den Verkauf von mit der irreführenden Bezeichnung „Hergestellt in Israel“ gekennzeichneten Siedlungsprodukte gestatten, versäumen es Regierungen, das Recht des Verbrauchers auf eine qualifizierte Kaufentscheidung beim Kauf von Siedlungsprodukten zu schützen. Unter den europäischen Regierungen wächst das Bewusstsein für die Notwendigkeit, diese Widersprüche zu beheben.

4.1 Siedlungsgüter und bevorzugter Marktzugang

Erzeugnisse aus israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten sind nicht berechtigt, vom bevorzugten Zugang zum EU-Markt zu profitieren. Das Assoziationsabkommen zwischen der EU und Israel gestattet israelischen Gütern den Zugang zum europäischen Markt mit ermäßigten Importgebühren, aber da die EU Siedlungen nicht als einen Teil Israels anerkennt, dürfen Siedlungsgüter aus der Vereinbarung keinen Vorteil ziehen. Der Europäische Gerichtshof hat dies 2010 bestätigt.¹³⁵ Die gleiche Situation trifft auf das Freihandelsabkommen zwischen den Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und Israel zu.

Jedoch behandelt Israel die Siedlungen als integralen Bestandteil seines Territoriums und gibt die Herkunft aller seiner Exportprodukte, einschließlich jener aus Siedlungen, mit ‚Israel‘ an. Das macht es schwierig für EU und EFTA, ihrer eigenen gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen, Siedlungserzeugnisse von der bevorzugten Behandlung auszuschließen.

Seit 2005 betreiben EU und EFTA eine sogenannte Technische Vereinbarung, die es europäischen Zollbehörden ermöglicht, Siedlungsgüter zu identifizieren und von der Vorzugsbehandlung auszunehmen. Die Zollbehörden müssen aus Israel kommende Güter mit einer Liste von Postleitzahlen von Siedlungen abgleichen, um festzustellen, ob der Herkunftsort sich im israelischen Kernland oder in einer Siedlung befindet.¹³⁶

Die Technische Vereinbarung verlagert die Aufgabe, Siedlungsgüter zu identifizieren, auf die europäischen Zollbehörden, statt sie bei Israel als dem Exportland zu belassen. Es erfordert die manuelle Prüfung jedes einzelnen Dokuments für jeden aus Israel importierten Gegenstand durch den Zoll und die Importeure, und läuft dem üblichen Importverfahren der europäischen Zollstellen zuwider, das durch automatische IT-Systeme durchgeführt wird. Für die meisten europäischen Zollbehörden hat die Überprüfung von Siedlungsgütern keine Priorität, und mit Blick auf das Importvolumen aus Israel stehen auch die Ressourcen dafür nicht zur Verfügung.

Es scheint, dass die Technische Vereinbarung nicht ausreicht, um zu verhindern, dass Siedlungsgüter beim Import ungerechtfertigterweise bevorzugten Zugang zu den EU- und EFTA-Märkten beanspruchen. Zollkontrollen in Großbritannien haben eine beträchtliche Anzahl falscher Forderungen ermittelt, darunter Fälle, in denen die angegebenen Postleitzahlen zu den Hauptgeschäftssitzen der Firmen in Israel gehörten, und nicht zu den eigentlichen Produktionsstätten in den Siedlungen.¹³⁷

Die Europäische Kommission hat das Problem kürzlich implizit anerkannt, indem sie die Verantwortung für die Überprüfung der Herkunft der Produkte von den Zollbehörden auf die Importfirmen ausgeweitet hat.¹³⁸ Dieser Zusatz zur Technischen Vereinbarung mag die allgemeine Effektivität des Systems verbessern und die Anzahl der Siedlungsgüter, die die Einfuhrabgabe umgehen, verringern, aber er ist kein Ersatz für eine rechtlich tragfähige Lösung.

Indem sie die Aufgabe, Siedlungsgüter zu identifizieren, auf die europäische Seite abwälzt, gestattet es die Technische Vereinbarung Israel nach wie vor, die Siedlungen weiterhin als integralen Bestandteil seines Territoriums zu behandeln. Indem EU und EFTA den Import von Siedlungsgütern mit der Herkunftsbezeichnung ‚Israel‘ akzeptieren, dulden sie Israels schleichende Ausdehnung seines Hoheitsbereichs.

Um das zu korrigieren, müssten EU und EFTA israelische Exporteure zur Einhaltung von EU-Bestimmungen verpflichten, d. h. Siedlungsprodukte korrekt zu kennzeichnen und ihre Bezeichnung als aus ‚Israel‘ stammend einzustellen, wie auch vom Europäischen Parlament gefordert.¹³⁹ Das würde die Verantwortung für die Kennzeichnung von Siedlungsgütern auf Israel als Exporteur verlagern, und die Belastung für europäische Zollämter und Importeure erleichtern.

„Israelische Siedlungen in den besetzten Gebieten sind illegal und können nicht als Teil des israelischen Staatsgebiets betrachtet werden. Aus diesem Grund können Güter, die von israelischen Firmen in diesen Siedlungen erzeugt werden, nicht als aus Israel stammende Güter betrachtet werden.“

Europäische Kommission¹⁴⁰

4.2 Verbraucherkennezeichnung

Neben der Problematik, die Herkunft von Produkten bei ihrer Einfuhr auf den EU-Markt zu bestimmen, gibt es noch eine zweite Schwierigkeit mit der Kennzeichnung dieser Güter für den Verkauf an den Endverbraucher. Eine eindeutige und korrekte Kennzeichnung für den Verbraucher fällt in den Verantwortungsbereich des Einzelhändlers.

Nach internationalem Recht sind Siedlungen nicht Teil des Staates Israel. Dennoch werden sowohl landwirtschaftliche als auch industrielle Siedlungserzeugnisse häufig als „Hergestellt in Israel“ verkauft, und führen so den Verbraucher in die Irre. Eine wachsende Zahl Verbraucher möchte Siedlungsprodukte aufgrund der Umstände ihrer Herstellung aus ethischen Gründen meiden. Ihnen wird jedoch das Recht, diese Entscheidung auszuüben, unter Missachtung der EU-Verbraucherschutzgesetzgebung verweigert.

Die britische Regierung reagierte 2009 auf diese Anliegen, indem sie Richtlinien zur Kennzeichnung einführte, die Einzelhändler dazu anhielten, Lebensmittel aus Siedlungen als „Produkt des Westjordanlandes (Israelisches Siedlungserzeugnis)“ und palästinensische Güter als „Produkt des Westjordanlandes (palästinensisches Erzeugnis)“ zu kennzeichnen.¹⁴¹ Obwohl die Anwendung der Richtlinien auf freiwilliger Basis erfolgte, wurden sie von Lebensmittelhändlern gut aufgenommen und scheinen auch von großen Supermärkten beachtet zu werden. Darüber hinaus scheint es, dass nach der Einführung der Richtlinien die meisten großen britischen Supermärkte beschlossen haben, vom weiteren Bezug von Eigenmarkenlebensmitteln aus den Siedlungen Abstand zu nehmen.¹⁴²

Im Mai 2012 kündigte Dänemark die Einführung ähnlicher Kennzeichnungsrichtlinien an. Diese wurden im Oktober 2012 ausgegeben.¹⁴³ Eine wachsende Zahl europäischer Regierungen erwägen ähnliche Schritte. Im Mai 2012 bekräftigten die EU-Außenminister öffentlich ihre Entschlossenheit, „die geltenden EU-Rechtsvorschriften und bilateralen Vereinbarungen, die auf Siedlungsprodukte anwendbar sind, umfassend und wirksam umzusetzen“ – was auch die korrekte Kennzeichnung von Siedlungsgütern in Einklang mit EU-Recht impliziert.¹⁴⁴

In der Schweiz hat die größte Einzelhandelskette, Migros, angekündigt, die korrekte Kennzeichnung aller landwirtschaftlichen sowie industriellen Siedlungsprodukte bis 2013 einzuführen.¹⁴⁵ Außerhalb Europas hat die südafrikanische Regierung im August 2012 beschlossen, einen Bescheid zu erlassen, der die korrekte Kennzeichnung von Siedlungsgütern verlangt.¹⁴⁶

“Dies ist ein Schritt, der den Verbrauchern deutlich zeigen wird, dass diese Erzeugnisse unter Umständen hergestellt worden sind, die nicht nur von der dänischen Regierung, sondern auch den europäischen Regierungen abgelehnt werden. Dann liegt es bei den Verbrauchern, ob sie bereit sind, das Erzeugnis zu kaufen. [...] Dies richtet sich nicht gegen Israel, sondern gegen illegale Siedlungen.”

Der dänische Außenminister Villy Søvndal bei der Ankündigung der Kennzeichnungsrichtlinien.¹⁴⁷



▲ Datteln zum Verkauf in Großbritannien. In Übereinstimmung mit den Kennzeichnungsrichtlinien die 2009 in Großbritannien eingeführt wurden besagt die Beschriftung klar, dass es ein „Produkt aus israelischen Siedlungen im Westjordanland“ ist“. Foto: Quaker Peace und Social Witness

“Diese Schritte verdienen Beifall, und andere Regierungen und Firmen sollten diesem Beispiel folgen.“ Die Kennzeichnung von Siedlungsprodukten ist “eine einfache Maßnahme, die uns daran erinnert, dass Siedlungen eine schwere Verletzung internationaler Gesetze darstellen und ein Instrument in einem gefährlichen Plan der De-facto-Annexion sind”.

Alon Liel, ehemaliger Generaldirektor des israelischen Außenministeriums und ehemaliger israelischer Botschafter in Südafrika.¹⁴⁸

Verbraucherschutzgesetze und Siedlungsgüter

Die EU-Verbraucherschutzgesetzgebung, einschließlich der EU-Richtlinie gegen unlauteren Wettbewerb (UCPD), gesteht Verbrauchern das Recht auf die Informationen zu, die sie zur Ausübung ihrer Wahlfreiheit benötigen.¹⁴⁹ Die UCPD ist in allen EU-Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt, und seine Gültigkeit für Siedlungsprodukte von der Europäischen Kommission¹⁵⁰ und anderen bestätigt worden.¹⁵¹ Der Rat der Außenminister hat im Mai 2012 die Mitgliedstaaten dazu aufgerufen, „EU-Rechtsvorschriften [...], die auf Siedlungsprodukte anwendbar sind, umfassend und wirksam umzusetzen“.

Die UCPD verbietet es, falsche, täuschende oder potenziell irreführende Angaben zu machen, durch die der durchschnittliche Verbraucher zu einer Entscheidung kommen kann, die er ansonsten nicht getroffen hätte. Gleichmaßen verbietet die Richtlinie das Weglassen wesentlicher Informationen, die der Durchschnittsverbraucher für eine qualifizierte Kaufentscheidung benötigt.

Dort, wo ein Produkt aus einer Siedlung als „Produkt aus Israel“ gekennzeichnet wird, liegt ein Fall von irreführender Information vor, die nach der Richtlinie verboten ist, da Siedlungen nach internationalem Recht nicht Teil des israelischen Staatsgebiets sind.

Wird ein Siedlungsprodukt als „Produkt des Westjordanlandes“ gekennzeichnet, kann dies ebenfalls als irreführende Information und einen Verstoß gegen die Richtlinie betrachtet werden.¹⁵² Obwohl die Siedlungen de facto im Westjordanland liegen, kann argumentiert werden, dass der normale, durchschnittlich informierte Verbraucher in der Lage sein muss, zwischen Erzeugnissen, die rechtmäßig von unter der Besatzung lebenden Palästinensern produziert werden, und Erzeugnissen aus illegalen israelischen Siedlungen, die von der Besatzung profitieren, zu unterscheiden, damit er eine qualifizierte Kaufentscheidung unter Berücksichtigung ethischer Beweggründe treffen kann.

Die UCPD wird durch detailliertere Bestimmungen mit Bezug auf Lebensmittel ergänzt. Für frische Lebensmittel ist die Angabe des Herkunftslandes – in einer Weise, die den Verbraucher nicht in die Irre führt – verpflichtend.¹⁵³ Für andere Nahrungsmittel darf, auf Grundlage einer neuen, ab 2014 anzuwendenden Bestimmung, die Angabe des Ursprungslandes oder Herkunftsortes nicht irreführend sein, und wird dort verlangt, wo durch ihr Fehlen eine Irreführung des Verbrauchers wahrscheinlich ist.¹⁵⁴

Was Kosmetikprodukte betrifft – dies gilt für in einer Siedlung erzeugten Ahava-Produkte – wird die Angabe ihrer Herkunft mit einer neuen, ab 2013 anzuwendenden EU-Bestimmung für Kosmetika in der ganzen EU verpflichtend.¹⁵⁵

4.3 Dem Privatsektor vom Handel mit Siedlungen abraten

Internationale Rahmenbedingungen für Corporate Social Responsibility (CSR) liefern eine Grundlage für mögliche Regierungsmaßnahmen, die über die korrekte Kennzeichnung von Siedlungsprodukten hinausgehen. CSR-Richtlinien, unter anderem die UN-Leitprinzipien zu Unternehmen und Menschenrechten und die OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen fordern Regierungen auf, Firmen eine effektive Anleitung zur Achtung der Menschenrechte in all ihren Aktivitäten zur Verfügung zu stellen. (vgl. Kapitel 3.3).

Regierungen könnten Importeure und andere Unternehmen per offiziellem Hinweis dazu anhalten, von jeglicher wirtschaftlicher Interaktion mit Siedlungen, einschließlich des Kaufs von Siedlungsgütern und Investitionen in Siedlungen Abstand zu nehmen. Ein Beispiel ist die Position der norwegischen Regierung zu West-Sahara, die von „Handel, Investitionen, Rohstoffgewinnung und anderer wirtschaftlicher Aktivität“ in diesem Gebiet abrät.¹⁵⁶

Solche Regierungsinitiativen könnten in einigen Fällen auf im privaten Sektor bereits unternommene Schritte aufbauen. In Norwegen haben mit BAMA und Coop zwei der wichtigsten Obst- und Gemüseimporteure mit ihren Lieferanten in Israel schriftliche Vereinbarungen getroffen, denen zufolge sie nicht mit in Siedlungen produziertem Obst und Gemüse beliefert werden. Im März 2012 hat die VITA-Kette, die bis dahin der größte Einzelhändler für Ahava-Produkte in Norwegen gewesen war, unter Berufung auf die offizielle Position Norwegens zur Illegalität von Siedlungen die Beendigung jeglichen Verkaufs von Siedlungsprodukten angekündigt, und Ahava aufgerufen, seine Fertigung ins israelische Kernland zu verlegen. Während Siedlungsprodukte von anderen Geschäften in Norwegen nach wie vor vertrieben werden, ist der Umfang des norwegischen Handels mit Siedlungen im Ergebnis dieser Schritte im privaten Sektor zurückgegangen.¹⁵⁷

Desgleichen scheinen, wie erwähnt, die meisten britischen Lebensmittelhändler in der Folge der Veröffentlichung der Kennzeichnungsrichtlinien durch die Regierung den Verkauf von Eigenmarkenprodukten aus Siedlungen eingestellt zu haben. Große Händler geben an, dass sie ihre Rückverfolgungsmechanismen nutzen können, um sicherzustellen, dass Waren nicht aus Siedlungen bezogen werden.

Die britische Co-operative Gruppe ist noch einen Schritt weiter gegangen und hat den Handel mit Lieferanten, die ihre Waren aus Siedlungen und Israel selbst beziehen, gänzlich eingestellt. Begründung war der finanzielle Aufwand für die Rückverfolgung und Überprüfung all ihrer Ware, um den Bezug von Siedlungsgütern auszuschließen. Co-op hat seine Verträge (in Höhe von £350.000) mit vier seiner israelischen Lieferanten (Agrexco, Mehadrin, Arava und Adafresh) gekündigt, von denen bekannt ist, Ware aus Siedlungen zu beziehen, betonte aber zugleich, sie würden weiterhin mit Lieferanten aus dem israelischen Kernland zusammenarbeiten, die keine Ware aus Siedlungen beziehen.¹⁵⁸

4.4 Importverbot für Siedlungsgüter

Während die Einführung von Kennzeichnungsrichtlinien die Verbraucher in die Lage versetzen würde, sich für oder gegen den Kauf von Siedlungsprodukten zu entscheiden, reicht dies möglicherweise nicht aus, um der Verpflichtung der europäischen Regierungen zu genügen, größtmöglichen Einfluss geltend zu machen, um Verletzungen des humanitären Völkerrechts zu beenden.¹⁵⁹

Überhaupt Handel mit Siedlungen zu gestatten scheint unvereinbar mit der Anerkennung ihrer Illegalität durch die europäischen Regierungen, und mit der Tatsache, dass jegliche Produktion und Anbau in den Siedlungen weitere Verstöße gegen internationales Recht mit sich bringt. Nach Artikel 215 des EU-Vertrags steht es der EU offen, "restriktive Maßnahmen" einzuführen, um den Import von Siedlungsprodukten zu untersagen.

Der irische Außenminister hat bereits ein EU-weites Verbot für Siedlungsimporte gefordert¹⁶⁰; in der Zwischenzeit jedoch könnten einzelne Regierungen ein solches Importverbot bereits unilateral einsetzen.

Die europäische Kommission hat bestätigt, dass ein Mitgliedstaat unilateral Maßnahmen zur Beschränkung des Handelsverkehrs einführen kann, wenn er auf der Grundlage der Bestimmung 260/2009 „sein Handeln mit Gründen der öffentlichen Sittlichkeit, Ordnung oder Sicherheit rechtfertigen kann [...] und damit nicht gegen EC-Recht verstößt“.¹⁶¹ James Crawford (vgl. Kapitel 1.2) argumentiert in seiner juristischen Einschätzung, dass ein einzelner Mitgliedstaat den Handel mit Siedlungen rechtmäßig untersagen kann, und dass eine solche Maßnahme nicht gegen Bestimmungen der WTO verstoßen würde.

Ein Importverbot für Güter aus israelischen Siedlungen ist kein Verbot oder Boykott des Handels mit Israel; Letzteres wird von den Unterzeichnern dieses Reports nicht befürwortet.

4.5 Ausschluss der Siedlungen aus Vereinbarungen und Kooperationsinstrumenten mit Israel

Wie im Falle der oben erörterten technischen Vereinbarung, weitet Israel die geografische Reichweite seiner mit der EU bestehenden Vereinbarungen auf die Siedlungen aus, die es, in Übereinstimmungen mit den eigenen Gesetzen, als integralen Bestandteil seines Hoheitsgebiets behandelt. Die EU, die die Siedlungen nicht als einen Teil Israels anerkennt, ist wiederum durch ihre eigenen Gesetze verpflichtet, die Reichweite ihrer Vereinbarungen und Kooperationsinstrumente mit Israel auf das israelische Staatsgebiet in den Grenzen von vor 1967 zu beschränken. Jedoch zeigen zahlreiche Beispiele, dass die Bemühungen der EU, dies sicherzustellen, hinter den Erfordernissen zurückbleiben:

- Im Rahmen des **Finanzierungsprogramms für Forschung und Entwicklung RP7** der EU für 2007-2013 sind öffentliche Mittel der EU in Höhe von EUR 13 Millionen an die Firma Ahava geflossen, für eine von ihr in einer Fabrik mit Sitz in einer illegalen Siedlung durchgeführte Forschung.¹⁶² Im Rahmen desselben Programms hat die EU zudem der Israelischen Antiquitätenbehörde EUR 114,400 zukommen lassen, die im unrechtmäßig annektierten Ostjerusalem ansässig ist.¹⁶³ Indem sie zulässt, dass mit ihren öffentlichen Geldern Aktivitäten in Siedlungen gefördert werden, läuft die EU Gefahr, gegen ihre Verpflichtung zu verstoßen, keine Beihilfe oder Unterstützung zu Verstößen gegen humanitäres Völkerrecht zu leisten.
- Das neue **Abkommen über die Konformitätsbewertung und die Anerkennung gewerblicher Produkte (ACAA)**, das den Handel mit gewerblichen Produkten zwischen der EU und Israel erleichtert, beinhaltet keine adäquate Territorialklausel, die seine Anwendung auf das israelische Kernland beschränken würde. Das Abkommen wurde im Oktober 2012 vom Europäischen Parlament ratifiziert.¹⁶⁴ Wenn Israel die Anwendung des ACAA nicht selbst auf das Kernland limitiert, wird die Umsetzung des Abkommens dazu führen, dass die EU die Rechtsprechung israelischer Behörden über die Siedlungen formal anerkennt. Das ACAA umzusetzen, ohne eine solche bindende territoriale Begrenzung von Israel einzuholen, würde daher geltende EU-Gesetze und internationales Recht verletzen und einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen.
- Das im Juli 2012 unterzeichnete **Zivilluftfahrtabkommen zwischen der EU und Israel** beinhaltet ebenfalls nur eine sehr schwache Territorialklausel, die Israel berechtigt, seine Bestimmungen über die Grüne Linie hinaus anzuwenden.¹⁶⁵

Das Problem kann gelöst werden, wenn EU- sowie nationale bilaterale Vereinbarungen mit Israel klare territoriale Bestimmungen beinhalten, die ihre Anwendung ausdrücklich auf das israelische Kernland beschränken, ungeachtet der israelischen Landesgesetze. Gleichermaßen müssten Bestimmungen für Kooperationsprogramme juristische Sicherheitsklauseln enthalten, die die Beteiligung von Rechtsgebilden ausschließen, welche ihren Sitz oder ihr Tätigkeitsfeld in Siedlungen haben.

Im Fall des RP7-Programms haben die Europäischen Kommissionen eingeräumt, dass die Bestimmungen juristische Personen aus Siedlungen nicht von der Teilnahme ausgeschlossen haben, und statt dessen versucht hatten, unzulässige Rechtsgebilde mit Hilfe der Liste von Siedlungspostleitzahlen „herauszufiltern“. Abgesehen davon, dass diese Vorgehensweise eine zusätzliche bürokratische Belastung für die Kommission darstellt, ist sie auch nicht geeignet, Rechtsgebilde wie die Firma Ahava auszuschließen, die zwar vollständig in einer Siedlung operiert, aber eine Registrierungsadresse innerhalb Israels nutzt. Der Nachfolger des RP7-Programms, **Horizon 2020**, bietet die Möglichkeit, eine eindeutige juristische Sicherheitsklausel einzufügen, um ein Wiederauftreten des Problems zu vermeiden. Der derzeit im Europäischen Parlament diskutierte Entwurf beinhaltet keine entsprechende adäquate Verfügung.

Wie dieses Kapitel gezeigt hat, bestehen nach wie vor zahlreiche Gefälle zwischen den in den Erklärungen europäischer Regierungen zum Ausdruck gebrachten Positionen gegenüber Siedlungen, und ihren Taten. Das Bewusstsein für die Notwendigkeit, diese Unstimmigkeiten zu beheben, wächst jedoch. Das letzte Kapitel schlägt konkrete Maßnahmen vor, um Europas politische Praxis besser in Einklang mit seiner Rhetorik zu bringen.

KAPITEL 5 – EMPFOHLENE MAßNAHMEN FÜR EUROPÄISCHE REGIERUNGEN UND DIE EU

Da es die erklärte Position der europäischen Regierungen und der EU ist, dass „Siedlungen illegal sind und ein Hindernis für den Frieden darstellen“, müssen sie konkrete Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass ihre politische Praxis nicht direkt oder indirekt die Perpetuierung und Ausweitung der Siedlungen unterstützt. Sowohl den nationalen Regierungen als auch der EU steht eine Reihe möglicher Maßnahmen zur Verfügung.

Diese Maßnahmen richten sich nur gegen illegale Siedlungen, nicht gegen Israel. Sie einzuführen würde einen neuen wirkungsvollen Akzent auf die Grüne Linie von vor 1967 setzen, die durch den Ausbau der Siedlungen aufgeweicht wird, und die für die Realisierbarkeit der von der EU unterstützten Zweistaatenlösung von entscheidender Bedeutung ist. Es wäre außerdem ein Signal dafür, dass internationales Recht aufrechterhalten wird.

Verkauf und Import von Siedlungserzeugnissen

1. Eine korrekte Verbraucherkenzeichnung aller

Siedlungserzeugnisse sicherstellen: Als Minimalmaßnahme in Einklang mit bestehenden Verbraucherschutzgesetzen, müssen europäische Regierungen Richtlinien ausgeben, um sicherzustellen, dass alle Siedlungserzeugnisse (einschließlich industriell gefertigter Produkte) korrekt gekennzeichnet werden, so dass Verbraucher sich über ihre tatsächliche Herkunft im Klaren sind und eine qualifizierte Kaufentscheidung treffen können. Siedlungsprodukte sollten beispielsweise als „Westjordanland (israelische Siedlungen)“ gekennzeichnet werden, um sie sowohl von in Israel hergestellten als auch von palästinensischen Produkten zu unterscheiden. Die Europäische Kommission sollte außerdem EU-weite Anleitung für die korrekte Kennzeichnung von Siedlungsprodukten anbieten, um eine Harmonisierung sicherzustellen.

2. Firmen vom Handel mit und von Investitionen in Siedlungen

abraten: Als umfassendere Maßnahme, als es die korrekte Verbraucherkenzeichnung ist, sollten nationale Regierungen Import- und anderen Unternehmen gegenüber offizielle Hinweise ausgeben, vom Einkauf von Siedlungsprodukten Abstand zu nehmen, und alle anderen Handels- und Investitionsbeziehungen mit Siedlungen zu meiden. Die OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen und die UN-Leitprinzipien zu Unternehmen und Menschenrechten können als einschlägiger internationaler Rahmen gelten. Betriebe, die an siedlungsbezogenen wirtschaftlichen Aktivitäten beteiligt sind, sollten zur Verantwortung gezogen werden. Die Position der norwegischen Regierung zu Westsahara, die von „Handel, Investitionen, Rohstoffgewinnung und anderen Formen wirtschaftlicher Aktivität“ in diesem Gebiet abrät, kann als Beispiel dienen.¹⁶⁶

3. Einfuhrverbot für Siedlungserzeugnisse: Als weiterreichende Maßnahme könnten Regierungen Siedlungsprodukten rechtmäßig den Zugang zum EU-Markt verweigern. Handel mit Produkten aus illegalen Siedlungen läuft der EU-Außenpolitik zuwider und leistet, zumindest in den Fällen, wo ihre Herstellung die Nutzung nicht-erneuerbarer Ressourcen wie Wasser oder Minerale einschließt, möglicherweise unmittelbar Beihilfe oder Unterstützung für anhaltende Verstöße gegen internationales Recht. Die irische Regierung hat ein EU-weites Importverbot für Siedlungsprodukte gefordert¹⁶⁷; in der Zwischenzeit jedoch könnten nationale Regierungen eine solche Maßnahme bereits umsetzen. Ein Importverbot für Güter aus israelischen Siedlungen ist nicht gleichzusetzen mit einem Verbot oder Boykott des Handels mit Israel. Letzterer wird von den Unterzeichnern dieses Berichts nicht befürwortet.

“Wir betrachten es als notwendig, dass die EU dem Import von Siedlungsprodukten ein Ende setzt, die im Widerspruch zu EU-Kennzeichnungsbestimmungen als aus Israel stammend ausgewiesen werden.”

Javier Solana, Richard von Weizsäcker, Helmut Schmidt, Romano Prodi, Felipe Gonzales, Lionel Jospin und 20 weitere ehemalige europäische Staats- und Regierungschefs¹⁶⁸

“Anders als Sie denken mögen, handeln EU-Mitgliedstaaten, die diese Maßnahmen ergreifen, im Interesse Israels. Sie tun dies, weil sie Schritte unternehmen, die die Grüne Linie verteidigen und bekräftigen.“

Avraham Burg, ehemaliger Sprecher der Knesset und Vorsitzender der Jewish Agency und der Zionistischen Weltorganisation, drückt seine Unterstützung für die britischen und dänischen Schritte zu Siedlungsprodukten aus.¹⁶⁹

Siedlungen von EU- und nationalen Beziehungen mit Israel ausnehmen

4. Sicherstellen, dass Siedlungsprodukte nicht vom bevorzugten

Marktzugang profitieren: In Ergänzung zu den oben angeführten Maßnahmen in Handel und Import, müssen EU und EFTA die ‚Technische Vereinbarung‘ mit Israel revidieren, um zu garantieren, dass alle Siedlungsprodukte wirksam von der bevorzugten Behandlung ausgenommen werden. Um dies sicherzustellen und die eigenen Bestimmungen der EU richtig umzusetzen, muss Europa darauf bestehen, dass israelische Exporteure angefangen, die Herkunft von Siedlungsprodukten korrekt anzugeben, und aufhören, sie als ‚Israel‘ zu kennzeichnen.

5. Siedlungen von bilateralen Vereinbarungen und

Kooperationsinstrumenten ausnehmen: Die EU und nationale Regierungen müssen sicherstellen, dass Vereinbarungen und Kooperationsinstrumente mit israelischer Beteiligung nicht auf Siedlungen angewandt werden können:

- Alle Vereinbarungen mit Israel müssen eindeutige territoriale Bestimmungen enthalten, die ihren Anwendungsbereich ausdrücklich auf das israelische Kernland beschränkt, ungeachtet der israelischen Landesgesetze. Das soeben ratifizierte ACAA-Abkommen der EU¹⁷⁰, das keine angemessene Territorialklausel enthält, sollte nur umgesetzt werden, wenn Israel selbst seine Anwendung formal auf das Kernland beschränkt.
- Bestimmungen für Kooperationsprogramme, einschließlich des aktuell verhandelten EU-finanzierten Forschungsprogramms Horizon2020, müssen juristische Sicherheitsklauseln enthalten, die die Teilnahme von Rechtgebilden ausschließt, deren Sitz oder Tätigkeitsgebiet in Siedlungen liegt.
- Nationale Regierungen müssen die gleichen Vorkehrungen und Sicherheitsklauseln in ihren bilateralen Vereinbarungen mit Israel anwenden.

6. Produkte und Firmen aus Siedlungen von öffentlicher

Auftragsvergabe ausschließen: Bei der Ausschreibung öffentlicher Aufträge, wie Cateringdienstleistungen oder Ausrüstung, sollten EU-Institutionen, Regierungen und staatlich finanzierte Körperschaften bestimmen, dass unter dem Vertrag keine Produkte oder Dienstleistungen aus Siedlungen geliefert werden dürfen, und dass Firmen aus Siedlungen von ihm ausgeschlossen sind.¹⁷¹ Dies muss umgesetzt werden, bevor Israel verstärkten Zugang zum öffentlichen Beschaffungswesen erhält, wie mit dem Aktionsplan zwischen der EU und Israel ins Auge gefasst.

Finanzgeschäfte mit Siedlungen

7. Organisationen, die Siedlungen unterstützen, aus den

Steuererleichterungssystemen ausnehmen: Nationale Regierungen müssen sicherstellen, dass Schenkungen an Organisationen, die israelische Siedlungen finanziell unterstützen, nicht steuerlich absetzbar sind. Die Entscheidung der norwegischen Regierung im September 2012, das Karmel-Institut, eine norwegische Organisation, die Spenden für israelische Siedlungen gesammelt hat, von seiner Liste von Organisationen, die für steuerlich absetzbare Schenkungen in Frage kommen, zu entfernen, kann hier als Vorbild dienen.¹⁷²

8. Finanzgeschäfte, die Siedlungen und siedlungsbezogene

Aktivitäten unterstützen, verhindern: Als umfassendere Maßnahme, und wie von den EU-Missionsleitern in den besetzten palästinensischen Gebieten empfohlen, sollten Regierungen restriktive Maßnahmen auf alle Finanzgeschäfte ihrer Bürger, Organisationen und Unternehmen anwenden, die Siedlungen unterstützen und damit gegen internationales Recht verstoßen.¹⁷³ Ohne eine gemeinsame EU-Linie können solche Maßnahmen auch von nationalen Regierungen umgesetzt werden.

Weitere Maßnahmen

9. Bürgern vom Kauf von Grundstücken in Siedlungen abraten:

Nationale Regierungen müssen ihren Bürgern offiziell vom Kauf von Grundstücken in Siedlungen abraten und ihnen die Illegalität von Siedlungen, den unklaren Rechtsanspruch der meisten Siedlungsgrundstücke und ihre unsichere Zukunft im Falle der Gründung eines palästinensischen Staates zum Bewusstsein bringen. Mehrere EU-Mitgliedstaaten haben solche Hinweise bereits ausgegeben, aber sie sollten verstärkt und von allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

10. Richtlinien für europäische Reiseveranstalter ausgeben:

Wie von den EU-Missionsleitern in den besetzten palästinensischen Gebieten empfohlen, müssen nationale Regierungen Richtlinien für Reiseveranstalter zusammenstellen, um eine Unterstützung der Siedlungswirtschaft, einschließlich Hotels, Busunternehmen, archäologische Stätten, etc., zu verhindern.¹⁷⁴

11. Eine Liste der Firmen erstellen, die die Herkunft von

Siedlungsprodukten falsch angeben: Wie vom Europäischen Parlament gefordert, sollte die Europäische Kommission eine Liste von Firmen erstellen, die Siedlungsprodukte exportieren und deren nicht-präferenzuelle Herkunft fortgesetzt fälschlich als ‚Israel‘ angeben. Diese Maßnahme würde die Revision der Technischen Vereinbarung ergänzen (s. o. Nr. 4).¹⁷⁵

12. Darauf bestehen, dass Israel der OECD gesonderte Daten

zu Siedlungen ausweist: Die europäischen Regierungen und andere OECD-Mitgliedstaaten müssen verlangen, dass die von Israel übermittelten statistischen Daten immer zwischen dem israelischen Kernland und den Siedlungen unterscheiden, um zu vermeiden, dass eine nach internationalem Recht ungesetzliche Situation als rechtsgültig behandelt wird. Während seines Beitritts zur OECD 2010 musste Israel sich verpflichten, gesonderte Daten auszuweisen, wenn dazu aufgefordert. Seitdem hat es die OECD jedoch versäumt, dies zu tun.

FUßNOTEN

- 1 Rat der Europäischen Union (EU), 'Schlussfolgerungen des Rates zum Nahost-Friedensprozess' (8. Dezember 2009): <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/111829.pdf>.
- 2 B'Tselem, 'By hook and by crook - Israeli Settlement Policy in the West Bank' (Juli 2010): <http://www.btselem.org/download/201007_by_hook_and_by_crook_eng.pdf>.
- 3 The Rights Forum, 'Expansion of Israeli Settlements Expansion Monitor, October 2010 – October 2012' (19. Oktober 2012).
- 4 Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UN OCHA), 'Zerstörung und Vertreibungen in der besetzten Westbank' (Januar 2012): <http://unispa.un.org/pdfs/OCHA_Demolitions-Diplacement.pdf>.
- 5 UN OCHA, 'West Bank Movement and Access Update' (September 2012): <<http://unispa.un.org/pdfs/WBmovement-access-OCHAupdate-0912.pdf>>.
- 6 Palästinensisches Wirtschaftsministerium und das Institut für Angewandte Forschung - Jerusalem (ARIJ), 'The Economic Costs of the Israeli Occupation for the Occupied Palestinian Territory' (September 2011): <<http://www.un.org/depts/dpa/qpal/docs/2012Cairo/p2%20jad%20isaac%20e.pdf>>.
- 7 Internationaler Währungsfonds, 'Macroeconomic and Fiscal Framework for the West Bank and Gaza: Fifth Review of Progress. Staff Report for the Meeting of the Ad Hoc Liaison Committee (AHLCC)' (April 2010): <<http://www.imf.org/external/country/wbg/RR/2010/041310.pdf>>.
- 8 Weltbank, 'Fiscal Crisis, Economic Prospects: The Imperative for Economic Cohesion in the Palestinian Territories. Economic Monitoring Report (EMR) to the AHLCC', S. 4 (September 2012): <<http://siteresources.worldbank.org/INTWESTBANKGAZA/Resources/AHLCCReportFinal.pdf>>.
- 9 Der durchschnittliche Wert palästinensischer Importe für 2007-2011 betrug 15 Mio. - GD Handel der Europäischen Kommission, 'EU Bilateral Trade with the Occupied Palestinian Territories' (21. März 2012): <http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113382.pdf>.
- 10 Europäisches Parlament, 'Antwort auf die Parlamentarische Anfrage P-006190/2011' (19. Juli 2011): <<http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=P-2011-006190&language=EN>>; Europäisches Parlament, 'Antworten auf die Parlamentarischen Anfragen E-009280/11, E-009975/11' (6. Dezember 2011): <<http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=E-2011-009975&language=EN>>.
- 11 Rat der EU, 'Schlussfolgerungen des Rates' (8. Dezember 2009), op. cit.
- 12 Der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem zufolge gibt es 124 von der israelischen Regierung anerkannte Siedlungen und etwa 100 nicht anerkannte, oft als 'Außenposten' bezeichnete Siedlungen im Westjordanland, die Siedlungen in Ostjerusalem nicht eingeschlossen. B'Tselem, 'Human Rights in the Occupied Territories - 2011 Annual Report', p. 32 (March 2012): <http://www.btselem.org/download/2011_annual_report_eng.pdf>.
- 13 B'Tselem, 'By hook and by crook', op. cit., p. 10.
- 14 UN OCHA, 'The Humanitarian Impact of Israeli Settlement Policies' (Januar 2012): <http://unispa.un.org/pdfs/OCHA_IsrSettlementPolicies.pdf>.
- 15 The Rights Forum, 'Expansion of Israeli Settlements', op. cit.
- 16 B'Tselem, 'By hook and by crook', op. cit.
- 17 Human Rights Watch (HRW), 'Separate and Unequal' (Dezember 2010): <<http://www.hrw.org/reports/2010/12/19/separate-and-unequal-0>>.
- 18 Weltbank, 'Fiscal Crisis, Economic Prospects', op. cit., p.4.
- 19 EU-Missionsleiter, 'Zone C und die Errichtung eines palästinensischen Staates' (Juli 2011): <<http://www.thecepr.org/images/stories/pdf/area%20c%20%20final%20report%20july%202011.pdf>>.
- 20 Gemeinsame Erklärung der Mitglieder des EU-Sicherheitsrats (20. Dezember 2011): <<http://ukun.fco.gov.uk/en/news/?view=PressS&id=708021082>>.
- 21 UN OCHA, 'Zerstörung und Vertreibungen in der besetzten Westbank', op.cit.
- 22 Displacement Working Group oPt, 'Demolition Summary Table' (8. Oktober 2012).
- 23 Genfer Konvention (IV), Artikel 53 (August 1949): <<http://www.icrc.org/ihl.nsf/full/380>>
- 24 UN OCHA, 'Zerstörung und Vertreibungen in der besetzten Westbank', op.cit.
- 25 UN OCHA, 'The Planning Crisis in East Jerusalem: Understanding the phenomenon of "illegal" construction' (April 2009): <http://www.ochaopt.org/documents/ocha_opt_planning_crisis_east_jerusalem_april_2009_english.pdf>.
- 26 B'Tselem, 'Human Rights in the Occupied Territories', op. cit., p. 32.
- 27 Displacement Working Group oPt, (Mai 2012).
- 28 Dies wird noch verschlimmert durch die nahezu vollständige Unmöglichkeit palästinensischer Freizügigkeit zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen.
- 29 UN OCHA, 'West Bank Movement and Access Update', op. cit.
- 30 UN OCHA, 'The Humanitarian Impact of Israeli Settlement Policies', op.cit.
- 31 Internationaler Gerichtshof (IGH), 'Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory', Rechtsgutachten (9. Juli 2004): <<http://www.icj-cij.org/docket/files/131/1671.pdf>>.
- 32 UN OCHA, 'West Bank Movement and Access Update', op.cit.
- 33 Vitullo, A. et al, 'Barriers to the access to health services in the occupied Palestinian territory: a cohort study' (Abstract). In: The Lancet, 'Health in the Occupied Palestinian Territory 2012' (8. Oktober 2012): <<http://download.thelancet.com/flatcontentassets/pdfs/palestine2012/palestine2012-12.pdf>>.
- 34 UN OCHA, 'West Bank Movement and Access Update', op. cit.
- 35 Weltbank, 'Assessment of Restrictions on Palestinian Water Sector Development' (April 2009): <<http://siteresources.worldbank.org/INTWESTBANKGAZA/Resources/WaterRestrictionsReport18Apr2009.pdf>>.
- 36 B'Tselem, 'The Shared Water Sources and the Control over Them' (Januar 2011): <http://www.btselem.org/water/shared_sources>.
- 37 Weltbank, 'Assessment of Restrictions on Palestinian Water Sector Development', op.cit.
- 38 B'Tselem, 'The Gap in Water Consumption between Palestinians and Israelis' (Januar 2012): <http://www.btselem.org/water/consumption_gap>.
- 39 Weltbank, 'Assessment of Restrictions on Palestinian Water Sector Development', op.cit.
- 40 HRW, 'Separate and Unequal', op.cit., p. 62.
- 41 World Bank, 'Assessment of Restrictions on Palestinian Water Sector Development', op.cit.
- 42 B'Tselem, 'Dispossession and Exploitation: Israel's Policy in the Jordan Valley and Northern Dead Sea' (Mai 2011): <http://www.btselem.org/sites/default/files/201105_dispossession_and_exploitation_eng.pdf>.
- 43 UN OCHA, 'Zerstörung und Vertreibungen in der besetzten Westbank', op.cit.
- 44 UN OCHA, 'How Dispossession Happens: the Humanitarian Impact of the Takeover of Palestinian Water Springs by Israeli Settlers' (März 2012): <http://www.ochaopt.org/documents/ocha_opt_springs_report_march_2012_english.pdf>.
- 45 Ibid.
- 46 Artikel 55 der Haager Abkommen beschränkt das Recht der Besatzungsmächte auf Nutzung der Wasserquellen des besetzten Gebiets auf militärische Notwendigkeiten. Haager Abkommen (IV), betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs und sein Anhang: Bestimmungen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs', Artikel 55 (Oktober 1907): <<http://www.icrc.org/ihl.nsf/FULL/195?OpenDocument>>.
- 47 Nach Angaben der Weltbank waren die Brunnen Bardala 1 (1968 gebohrt) und Bardala 2 (1979) Ursache dafür, dass der Wasserspiegel in den palästinensischen Brunnen um 2 Meter pro Jahr gesunken ist. Weltbank, 'Assessment of Restrictions on Palestinian Water Sector Development', op.cit., S. 12. Die Brunnen trockneten von Bardala und einer nahegelegenen Gemeinde, Ein al-Beida, genutzte Quellen aus; Mekorot wies beiden Dörfern Wasser aus den Brunnen zu. Siehe B'Tselem, 'Thirsty for a Solution: The Water Shortage in the Occupied Territories and its Solution in the Final Status Agreement' (Juli 2000), p. 31: <http://www.btselem.org/publications/summaries/200007_thirsty_for_a_solution>.
- 48 2008 hat Mekorot 8,3 Millionen m3 Wasser aus den beiden Brunnen abgepumpt und Bardala sowie eine weitere palästinensische Gemeinde, Cardala, versorgt. Siehe B'Tselem, 'Dispossession and Exploitation', op. cit., p. 21.
- 49 HRW, 'Separate and Unequal', op.cit., p. 78.
- 50 Who Profits, "Jordan River Herbs": <<http://whoprofits.org/company/jordan-river-herbs>> accessed 23 October 2012.
- 51 Oxfam International, 'On the Brink. Israeli settlements and their impact on Palestinians in the Jordan Valley' (Juli 2012), p. 17: <http://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/bp160-jordan-valley-settlements-050712-en_1.pdf>.
- 52 Ibid.
- 53 Kav LaOved (Arbeiter-Hotline), 'Working for Survival: Labor conditions of Palestinians working in settlements' (15. Dezember 2010): <http://www.kavlaoved.org.il/media-view_eng2f0a.html?id=3048>. Siehe auch: Kav LaOved, 'Employment of Palestinians in Israel and the Settlements: Restrictive Policies and Abuse of Rights' (August 2012): <<https://docs.google.com/file/d/0B7QADw8e4Uf-b2FxaVBUdC1nbmc/edit?pli=1>>.
- 54 UN OCHA, 'Israeli Settler Violence in the West Bank' (November 2011): <http://www.ochaopt.org/documents/ocha_opt_settler_violence_FactSheet_October_2011_english.pdf>.

- 55 Ibid.
- 56 Yesh Din, 'Law Enforcement upon Israeli Civilians in the West Bank' (März 2012): <http://www.yesh-din.org/userfiles/file/datasheets/LawEnforcement_datsheet_Eng_March_2012_Final.pdf>.
- 57 Yesh Din, 'Police investigation of vandalism of Palestinian trees in the West Bank' (Oktober 2012): <<http://www.yesh-din.org/userfiles/file/datasheets/DS%20Trees%20Oct,%202012%20Eng.pdf>>.
- 58 B'Tselem, 'Land Expropriation and Settlements in the International Law' (Januar 2012): <http://www.btselem.org/settlements/international_law>.
- 59 Haager Abkommen, Artikel 43, op.cit.
- 60 Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNSC), Resolution 242 (S/RES/242) (22. November 1967): <<http://unispal.un.org/unispal.nsf/0/7D35E1F729DF491C85256EE700686136>>.
- 61 ICJ, "Wall case", op. cit. para.120; UNSC, Resolution 446 (S/RES/446) (22. März 1979), Absätze 1 und 3: <<http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/BA123CDED3EA84A5852560E50077C2DC>>; Rat der EU, 'Schlussfolgerungen des Rates zum Nahost-Friedensprozess' (14. Mai 2012): <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/130248.pdf>.
- 62 James Crawford SC, 'Third Party Obligations with respect to Israeli Settlements in the Occupied Palestinian Territories' (Januar 2012), Absatz 70: <<http://www.tuc.org.uk/tucfiles/342/LegalOpinionIsraeliSettlements.pdf>>.
- 63 Haager Abkommen, Artikel 53 und 55 op. cit.; Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), 'Customary IHL Study: Rule 51': <http://www.icrc.org/customary-ihl/eng/docs/v1_rul_rule51>; Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR), Artikel 1 (März 1976): <<http://www2.ohchr.org/english/law/ccpr.htm>>.
- 64 Haager Abkommen, Artikel 43, op.cit.; Theo Boutruche und Marco Sassoli, 'Expert Opinion On International Humanitarian Law Requiring of the Occupying Power to Transfer Back Planning Authority to Protected Persons Regarding Area C of the West Bank', v. a. S.25 – 26 (Februar 2011): <<http://rhr.org.il/heb/wp-content/uploads/62394311-Expert-Opinion-FINAL-1-February-2011.pdf>>.
- 65 Genfer Konvention (IV), Artikel 49 und 53, op.cit.; Rat der EU, 'Schlussfolgerungen des Rates' (8. Dezember 2009), op. cit., Abs. 6.
- 66 ICJ, 'Wall Case', para.163, at 3(A), op.cit.; Council of the EU, 'Council Conclusions' (8 December 2009), op. cit., par. 6.
- 67 ICCPR, Article 12, op.cit; ICRC, Commentary on Geneva Convention (IV) Article 27, para.1, at 1(A): <<http://www.icrc.org/ihl.nsf/COM/380-600032?OpenDocument>>.
- 68 CIJ, Wall Case, para. 163 at 3.D; ICRC, 'Customary IHL Study: Rule 144': <http://www.icrc.org/customary-ihl/eng/docs/v1_rul_rule144>
- 69 Crawford, 'Third Party Obligations', Abs. 91, op. cit.
- 70 Im Fall Namibias erklärte der IGH, Drittstaaten müssten "darauf verzichten, mit Südafrika in wirtschaftliche oder andere Beziehungen oder Geschäfte im Namen Namibias oder Namibia betreffend einzutreten, die seine Autorität über das Gebiet zementieren könnten." IGH, 'Legal Consequences for States of the Continued Presence of South Africa in Namibia (South-West Africa) Abweichend Resolution 276 des Sicherheitsrates (1970)', Rechtsgutachten (21. Juni 1971) Abs.124 – 125): <<http://www.icj-cij.org/doctrines/files/53/5597.pdf>>. Crawford zufolge besteht eine inhärente Flexibilität des Prinzips, und die Frage, ob bestimmte Transaktionen gegen die Pflicht zur Nichtanerkennung verstoßen, hängt vom Sachverhalt des jeweiligen Falls ab. "Wirtschaftliche und andere Beziehungen ... könnten gestattet sein, sofern sie nicht der 'Zementierung' der Herrschaft über das Gebiet dienen, als Routinevorgänge der Regierungsadministration betrachtet werden können, oder den Interessen der lokalen (d. h. palästinensischen) Bevölkerung dienen." Crawford, 'Third Party Obligations', Abs. 49, 51 und 91, op.cit.
- 71 Al Haq, 'Illegality of Settlement Produce: An International and EU Law Perspective', Legal Brief, erscheint in Kürze.
- 72 Crawford, 'Third Party Obligations', Abs.125, op.cit.
- 73 Haager Abkommen, Artikel 43, op.cit.; Crawford, 'Third Party Obligations', Abs. 87 – 88, op.cit.
- 74 Crawford, 'Third Party Obligations', Abs. 90, op.cit.
- 75 Peace Now, 'Instead of tax hikes, stop indulging the settlements. Peace Now's proposal to save NIS 1.6 billions' (Juli 2012): <<http://settlementwatcheastjerusalem.files.wordpress.com/2012/07/peacenowsavingsplan.pdf>>.
- 76 B'Tselem, 'By Hook and By Crook', op.cit., p. 42.
- 77 Peace Now, 'Instead of tax hikes, stop indulging the settlements', op.cit.
- 78 'Europäischer Rat, 'Schlussfolgerungen des Präsidiums', Anhang IV, Erklärung zum Nahost-Friedensprozess (16. und 17. Juni 2005): <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/85349.pdf>.
- 79 Interimsassoziationsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Palästinensischen Befreiungsfront (PLO) (Juli 1997): <http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2004/june/tradoc_117751.pdf>; Interimsabkommen zwischen EFTA und PLO (1998): <<http://www.efta.int/~media/Documents/legal-texts/free-trade-relations/palestinian-authority/EFTA-Palestinian%20Authority%20Free%20Trade%20Agreement.pdf>>.
- 80 Europäisches Parlament, 'Erklärung von Dacian Ciolo, EU-Agrarkommissar' (26. September 2011): <<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20110926+ITEM-017+DOC+XML+V0//EN>>.
- 81 Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), 'Report on UNCTAD assistance to the Palestinian people: Developments in the economy of the occupied Palestinian territory' (13. Juli 2012): <http://unctad.org/meetings/en/SessionalDocuments/tdb59d2_en.pdf>.
- 82 Oxfam International, 'On the Brink', op.cit.
- 83 Ibid, S.11
- 84 UNCTAD, 'Report on UNCTAD assistance to the Palestinian people', op.cit.
- 85 Oxfam International, 'On the Brink.', op.cit. .
- 86 Gisha – Legal Center for Freedom of Movement, 'The Gaza Cheat Sheet': <http://www.gisha.org/content-moduls.asp?lang_id=en&p_id=1232> abgerufen 23. Oktober 2012.
- 87 Persönliche Korrespondenz mit der Organisation Gisha - Legal Center for Freedom of Movement (22. Oktober 2012).
- 88 Weltbank, 'Fiscal Crisis, Economic Prospects', op. cit.
- 89 ARIJ, 'The Economic Costs of the Israeli Occupation, op. cit.; World Bank 'Fiscal Crisis, Economic Prospects', op. cit.
- 90 Internationaer Währungsfonds, 'Macroeconomic and Fiscal Framework for the West Bank and Gaza', op. cit..
- 91 Weltbank, 'Palestinian Economic Prospects: Gaza Recovery and West Bank Revival. Economic Monitoring Report to the AHLG' (Juni 2009): <<http://siteresources.worldbank.org/INTWESTBANKGAZA/Resources/AHLGJune09Reportfinal.pdf>>.
- 92 Weltbank, 'Fiscal Crisis, Economic Prospects', op. cit.
- 93 Europäische Kommission, Entwicklung und Zusammenarbeit - EuropeAid, 'Occupied Palestinian Territory': <http://ec.europa.eu/europeaid/where/neighbourhood/country-cooperation/occupied_palestinian_territory/occupied-palestinian-territory_en.htm>, abgerufen 22. Oktober 2012.
- 94 Persönliche Gespräche mit der Europäischen Kommission (25 Oktober 2012). Ein kleiner Anteil dieser Summe geht an Palästinensische Flüchtlinge in Libanon, Syrien und Jordanien durch EU Finanzierungen für UNRWA.
- 95 Weltbank, 'Fiscal Crisis, Economic Prospects', op. cit.
- 96 Pressemitteilung der Europäischen Kommission, 'The European Commission announces new large-scale support the Occupied Palestinian Territory' (14. September 2012): <http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-964_en.htm>
- 97 Weltbank, 'The Underpinnings of the Future Palestinian State: Sustainable Growth and Institutions. Economic Monitoring Report to the AHLG' (September 2010): <<http://siteresources.worldbank.org/INTWESTBANKGAZA/Resources/WorldBankSep2010AHLGReport.pdf>>.
- 98 Financial Times, 'Europe's road to a new Jerusalem' by Chris Patten (14 December 2009); <<http://www.ft.com/intl/cms/s/0/91a8f82e-e8e4-11de-a756-00144feab49a.html>>.
- 99 Who Profits, "'Made in Israel": Agricultural Export from Occupied Territories. A flash report"- Anhang (Mai 2012): <http://whoprofits.org/sites/default/files/agricultural_export___flash_report_0.pdf>; Sponser, 'Export Institute: export of fresh fruits and vegetables amounted in 2011 to approximately NIS 996 million' (8. Februar 2012): <<http://www.sponser.co.il/Article.aspx?ArticleId=20947>>.
- 100 Weltbank, 'Fiscal Crisis, Economic Prospects', op. cit., p.13; persönliche Korrespondenz mit der Weltbank (Oktober 2012).
- 101 2010 beliefen sich die israelischen Gesamtexporte in die EU auf 11.1 Milliarden Euro oder 15.35 Milliarden USD. European Commission DG Trade, 'EU Bilateral Trade with Israel' (21. März 2012): <http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113402.pdf>; Israeli Central Bureau of Statistics, 'Exports to European Union, by Industry': <http://www.cbs.gov.il/hodaot/2011n/16_11_205t2.htm>, abgerufen 23. Oktober 2012.
- 102 Der OECD-Wert schließt die gesamte Bevölkerung Ostjerusalems und der besetzten Golanhöhen ein. Auf Branchen bezogen machen diese Gebiete laut OECD 7,8% von Israels landwirtschaftlichen Erträgen und 2,4% seiner Industrieerträge aus, was den großen Umfang landwirtschaftlicher Produktion in den Siedlungen im Jordantal widerspiegelt. OECD, 'Study on the Geographic coverage of Israeli data': <<http://www.oecd.org/els/48442642.pdf>>.

- 103 Fünfjahresdurchschnitt für 2007-2011. Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission, 'EU Bilateral Trade with the Occupied Palestinian Territories' (21 March 2012): <http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113382.pdf>
- 104 Who Profits, "'Made in Israel' Bericht, op. cit.
- 105 Ibid; Who Profits, 'Mehadrin Group': <<http://www.whoprofits.org/company/mehadrin-group>>; Who Profits, 'Arava Export Growers': <<http://www.whoprofits.org/company/arava-export-growers>>; Who Profits, 'Hadiklaim - Israeli Date Growers Cooperative': <<http://www.whoprofits.org/company/hadiklaim-israel-date-growers-cooperative>>; alle abgerufen 23. Oktober 2012.
- 106 Who Profits, 'Forbidden Fruit. The Israeli Wine Industry and the Occupation' (April 2011): <<http://whoprofits.s483.sureserver.com/sites/default/files/WhoProfits-IsraeliWines.pdf>>.
- 107 Prosper Palestine, 'Unveiled: European Trade & Investment Relationships with Companies in Israeli Settlements in the Occupied Palestinian Territories' (Juli 2011).
- 108 Jordan Valley Regional Council, 'The Jordan Valley – A General Description': <www.jordanvalley.org.il/?categoryid=38842> abgerufen 19. Oktober 2012.
- 109 Forschungs- und Entwicklungszentrum im Jordantal, 'Agriculture in the Valley': <http://www.mop-bika.org.il/130651/haklaut_babika> (Hebräisch); abgerufen 19. Oktober 2012.
- 110 Ibid.
- 111 Ibid.
- 112 Ibid; Who Profits, "'Made in Israel' Bericht, op. cit.
- 113 Oxfam International, 'On the Brink', op. cit.
- 114 Haager Abkommen Artikel 53 und 55.
- 115 Who Profits, 'Ahava: Tracking the Trade Trail of Settlement Products' (April 2012): <http://whoprofits.org/sites/default/files/ahava_report_final.pdf>; Who Profits, 'Ahava Dead Sea Laboratories': <<http://www.whoprofits.org/company/ahava-dead-sea-laboratories>> abgerufen 19. Oktober 2012.
- 116 Ibid.
- 117 Who Profits, 'SodaStream: A Case Study for Corporate Activity in Illegal Israeli Settlements' (January 2011): <<http://www.whoprofits.org/sites/default/files/WhoProfits-ProductioninSettlements-SodaStream.pdf>>; Who Profits, 'SodaStream (The Soda Club Group)': <<http://www.whoprofits.org/company/sodastream-soda-club-group>> abgerufen 19. Oktober 2012.
- 118 B'Tselem, 'The Hidden Agenda: The Establishment and expansion plans of Ma'ale Adummim and their Human Rights ramifications', S. 9 (Dezember 2009): <http://www.btselem.org/download/200912_maale_adummim_eng.pdf>
- 119 Who Profits, 'SodaStream report' op. cit.
- 120 Ibid.
- 121 Who Profits, 'Keter Plastic (Keter Group)': <<http://www.whoprofits.org/company/keter-plastic-keter-group>> abgerufen 24. Oktober 2012; Prosper Palestine, 'Unveiled', op. cit.
- 122 Who Profits: <<http://www.whoprofits.org/>> abgerufen 24. Oktober 2012; Prosper Palestine, 'Unveiled', op. cit.
- 123 Basierend auf Feldforschung europäischer Entwicklungsorganisationen, 2012.
- 124 Forschungs- und Entwicklungszentrum im Jordantal, 'Agriculture in the Valley' op. cit.
- 125 Who Profits, "'Made in Israel' Bericht, op. cit.
- 126 Interview mit einem Beamten des palästinensischen Landwirtschaftsministeriums, Januar 2012.
- 127 Dan Watch, 'G4S retreat from settlements drags out' (17. Oktober 2011): <<http://www.danwatch.dk/en/articles/g4s-retreat-settlements-drags-out/105>>; Who Profits 'Group4securicor (G4S)': <<http://www.whoprofits.org/company/group4securicor-g4s>> abgerufen 23. Oktober 2012; and G4S 'G4S Update – April 2012' (April 2012): <<http://www.business-humanrights.org/media/documents/company/g4s-responses/g4s-israel-apr-24-2012.pdf>>.
- 128 Globes, 'Alstom to bid in Tel Aviv light rail tenders' (11. Oktober 2012): <<http://www.globes.co.il/serveen/globes/docview.asp?did=1000789231&fid=1724>>; Who Profits, 'Alstom': <<http://www.whoprofits.org/company/alstom>> abgerufen 11. Oktober 2012; Methodist Church in Britain, 'Report of the Joint Advisory Committee on the Ethics of Investment (JACEI)' (2012): <<http://www.methodistconference.org.uk/media/118236/29%20jacei.pdf>>.
- 129 Veolia Environnement, 'The Jerusalem Light Rail Transit (JLRT)': <<http://www.veolia.com/en/medias/focus-on/jlrt.htm>> accessed 11 October 2012; Who Profits, 'Veolia Environnement': <<http://www.whoprofits.org/company/veolia-environnement>> abgerufen 11. Oktober 2012; Methodist Church in Britain, 'Report of the JACEI' op. cit..
- 130 Heidelberg Cement, persönliche Korrespondenz, Oktober 2012. Who Profits, 'Heidelberg Cement': <<http://www.whoprofits.org/company/heidelberg-cement>> abgerufen 11. Oktober 2012.
- 131 Die Firma befolgte allen Empfehlungen des Berichts, außer finanzielle Entschädigung für die palästinensische Familie zu arrangieren, auf deren Land ihre Anlagen gestanden hatten. Information zur Verfügung gestellt von Diakonia (Oktober 2012). Vgl.: Diakonia, 'Illegal Ground: Assa Abloy's business in occupied Palestinian territory' (Oktober 2008): <http://www.diakonia.se/Documents/public/IN_FOCUS/Israel_Palestine/Report_Illegal_Ground/Report_Mul-T-lock_081021.pdf>; Who Profits, 'Removing Mul-T-Lock and Assa Abloy from Who Profits' Database': <<http://www.whoprofits.org/content/removing-mul-t-lock-and-assa-abloy-who-profits%E2%80%99-database>> abgerufen 11. Oktober 2012.
- 132 Financial Times, 'Deutsche Bahn pulls out of Israel project' (9. Mai 2011): <<http://www.ft.com/intl/cms/s/0/4b6b59fc-7a4b-11e0-bc74-00144feabdc0.html>>; Corporate Watch, 'Deutsche Bahn withdraws new railway line project from Tel Aviv to Jerusalem' (10. Mai 2011): <<http://www.corporatewatch.org/?lid=3979>>; Brief des deutschen Verkehrsministers, Dr. Peter Ramsauer, an den Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Bahn AG, Dr. Rüdiger Grube bezüglich des Engagements der DB International GmbH in Israel (16. Februar 2011).
- 133 Unilever, persönliche Korrespondenz, Oktober 2012. Who Profits, 'Unilever': <<http://www.whoprofits.org/company/unilever>> abgerufen 24. Oktober 2012
- 134 "Um ihrer Schutzpflicht nachzukommen, sollten Staaten... Geschäftsunternehmen effektive Anweisung zur Verfügung stellen, wie sie in all ihren Aktivitäten die Menschenrechte beachten können". 'Guiding Principles on Business and Human Rights: Implementing the United Nations "Protect, Respect and Remedy" Framework'. Report of the Special Representative of the Secretary-General, John Ruggie (21 March 2011): <http://www.ohchr.org/Documents/Issues/Business/A-HRC-17-31_AEV.pdf>; 'OECD Guidelines for Multinational Enterprises, 2011 Edition' <<http://www.oecd.org/investment/investmentpolicy/48004323.pdf>>.
- 135 Urteil des Europäischen Gerichtshofs (Vierte Kammer), 'Brita GmbH vs. Hauptzollamt Hamburg-Hafen' (25. Februar 2010): <<http://curia.europa.eu/juris/celex.jsf?celex=62008CJ0386&lang1=en&type=NOT&ance>>
- 136 Europäische Kommission, 'Technische Vereinbarung zwischen der EU und Israel': <http://ec.europa.eu/taxation_customs/customs/customs_duties/rules_origin/preferential/israel_ta_en.htm>
- 137 Vgl. Debatte im House of Commons zur EU-Isreal Handelsvereinbarung, Column 313 WH (27. Januar 2010): <<http://www.publications.parliament.uk/pa/cm200910/cmhansrd/chan31.pdf>>
- 138 Amtsblatt der Europäischen Union, 'Hinweis an die Einführer. Einführen aus Israel in die EU. (2012/C 232/03)' (3. August 2012): <<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2012:232:0005:0005:en:PDF>>
- 139 Diese Veränderung ist dringend vorzunehmen, bevor das Übereinkommen über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln umgesetzt wird; ansonsten können Siedlungsgüter über andere Länder der Region als 'israelisch' gehandelt werden und unter Präferenzregeln in die EU kommen. 'European Parliament resolution on the proposal for a Council decision on the conclusion of the regional Convention on pan-Euro-Mediterranean preferential rules of origin (2012/2519(RSP))' (10 February 2012): <<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=MOTION&reference=B7-2012-0061&language=EN>>
- 140 Europäisches Parlament, 'Gemeinsame Antwort, von Herrn De Gucht im Namen der Kommission gegeben' (26. September 2012): <<http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=E-2012-007239&language=DA>>
- 141 UK Department for Environment, Food and Rural Affairs, 'Technical advice: labelling of produce grown in the Occupied Palestinian Territories' (10 December 2009): <<http://archive.defra.gov.uk/foodfarm/food/pdf/labelling-palestine.pdf>>
- 142 The Ecumenical Council for Corporate Responsibility, 'UK and Irish supermarkets' policies and practices regarding the sourcing of goods produced in Israeli settlements in the occupied Palestinian territories' (Juni 2011): <http://www.eccr.org.uk/module-Downloads-prep_hand_out-lid-33.html>
- 143 Dänisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Fischerei, 'Labelling of foods from Israel and the Occupied Palestinian Territories' (5. Oktober 2012): <http://www.foedevarestyrelsen.dk/Foedevarer/Maerkning/Oprindelsesmaerkning_af_foedevarer/Maerkning%20af%20af%20c3%b8devarer_fra_Israel_hhv_de_besatte_palaestiniske_omraader/Sider/forside.aspx> (in Danish).
- 144 Rat der EU, 'Schlussfolgerungen des Rates zum Nahost-Friedensprozess' (14. Mai 2012): <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/130248.pdf>
- 145 Migros Magazin 'Migros deklariert Produkte aus israelischen Siedlungen', 28 Mai 2012: <<http://www.migrosmagazin.ch/migros-welt/migros-woche/artikel/migros-woche-22-2012>>
- 146 South African Government 'Statement on the Cabinet meeting of 21 August 2012', 21 August 2012: <<http://www.info.gov.za/speech/DynamicAction?pageid=461&sid=30027&tid=80792>>
- 147 Politiken, 'Israeli settlement produce label' (18 May 2012): <<http://politiken.dk/news/english/ECE1628790/israeli-settlement-produce-label/>>
- 148 The Guardian, 'For Israelis, Palestinian oppression is out of sight and out of mind', by Alon Liel (27. Juni 2012): <<http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2012/jun/27/made-in-israel-erasing-green-line>>

- 149 Vgl. Europäische Kommission, 'Unfair Commercial Practices Directive (UCPD)' <http://ec.europa.eu/consumers/rights/index_en.htm>
- 150 Europäisches Parlament, 'Von Herrn Füle im Namen der Kommission gegebene Antwort auf schriftliche Anfrage E-2605/10' (1. Juli 2010): <<http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=E-2010-2605&language=EN>>
- 151 UK Under-Secretary for Business, Innovation and Skills – see UK Parliament House of Commons Hansard Schriftliche Antworten, 'Origin Marking: Israel', Column 797W (17. Juli 2012): <<http://www.publications.parliament.uk/pa/cm/201213/cmhansrd/cm120717/text/120717w0007.htm>>; Legal Opinion by Kieron Beal, Daniel Machover, Sarah McSherry, Phil Shiner and Rosa Curling, 'Advice on the Labelling of goods from the Occupied Palestinian Territories' (16 May 2009): <http://lphr.org.uk/old/publications/advice/Labelling_Advice_Beal.pdf>
- 152 Beal et al Opinion, op. cit., Abs. 3.11.
- 153 'Commission Implementing Regulation (EU) No 543/2011 of 7 June 2007 laying down detailed rules for the application of Council Regulation (EC) No 1234/2007 in respect of the fruit and vegetables and processed fruit and vegetables sectors', Annex I, Part A, para.4.: <<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:157:0001:0163:EN:PDF>>
- 154 'Bestimmung (EU) No 1169/2011 vom 25. Oktober 2011 zur Bereitstellung von Lebensmittelinformation an Verbraucher', Artikel 7(1)(a) und 26 (2)(a): <<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:304:0018:0063:EN:PDF>>; diese Bestimmung ist im Dezember 2011 in Kraft getreten und muss ab Dezember 2014 angewandt werden.
- 155 'Bestimmung (EC) 1223/2009 vom 30. November 2009 zu Kosmetikprodukten', Kapitel 6, Artikel 19 (1)(a): <<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:342:0059:0209:en:PDF>>
- 156 "(...) Norwegen glaubt, dass die internationale Gemeinschaft gemeinsamen Druck auf die Parteien ausüben sollte, eine Lösung zu erreichen. Norwegen hält es für wichtig, gleichzeitig von Aktivitäten Abstand zu nehmen, die als Legitimierung der Situation in Westsahara betrachtet werden könnten. Um Handel, Investitionen, Rohstoffgewinnung und andere Formen wirtschaftlicher Aktivität, die nicht in Einklang mit den Interessen der lokalen Bevölkerung stehen und damit dem humanitären Völkerrecht zuwiderlaufen könnten, zu vermeiden, raten die norwegischen Behörden von solchen Aktivitäten in Westsahara ab." Inoffizielle Übersetzung von: Norwegian Embassy to Morocco, 'Bakgrunn for bedrifter med interesse for virksomhet i Marokko; Vest-Sahara': <<http://www.norvege.ma/Norsk/marokko/fakta/Samfunnsansvar/>> abgerufen 12. Oktober 2012.
- 157 Norwegian People's Aid, 'RAPPORT: Norske sparepenger investeres i okkupasjonene' (9. Mai 2012): <<http://www.folkehjelp.no/no/nyheter/2012/?module=Articles&action=Article.publicShow&ID=19080>>
- 158 The Co-operative, 'The Co-operative and the illegal Israeli settlements': <<http://www.co-operative.coop/join-the-revolution/our-plan/tackling-global-poverty/ethical-trading-and-human-rights/the-co-operative-and-the-illegal-israeli-settlements>> abgerufen 22. Oktober 2012.
- 159 Vgl. IKRK Customary IHL study, Regel 144: <http://www.icrc.org/customary-ihl/eng/docs/v1_rul_rule144>.
- 160 Im Oktober 2011 verkündete Außenminister Eamon Gilmore im irischen Parlament: "Ich würde jegliche Schritte auf EU-Ebene unterstützen, um Siedlungsprodukte von der Einfuhr in die EU auszuschließen." Houses of the Oireachtas, 'Written Answers - Human Rights issues', Abs.. 99 (25. Oktober 2011): <<http://debates.oireachtas.ie/dail/2011/10/25/00070.asp>>. Im Mai 2012 verkündete Gilmore, dass, sollten in den besetzten palästinensischen Gebieten "sich die Dinge weiter verschlechtern", Irland möglicherweise "den Ausschluss von Siedlungsprodukten aus der EU" fordern würde. Der Minister fügte hinzu: "Wir befürworten keine Verbote oder Boykotts gegen Israel, das steht außer Frage, aber die Produkte aus illegalen Siedlungen stellen einen eigenen und spezifischen Sachverhalt dar". Houses of the Oireachtas, 'Priority Questions - Middle East Peace Process', Abs.103 (22. Mai 2012): <<http://debates.oireachtas.ie/dail/2012/05/22/00004.asp>>
- 161 Europäisches Parlament, 'Antwort auf Parlamentarische Anfrage E-000047/11' (7. Februar 2011): <<http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=E-2011-000047&language=EN>>
- 162 Europäisches Parlament, 'Antwort auf Parlamentarische Anfrage P-006190/2011' (19. Juli 2011): <<http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=P-2011-006190&language=EN>>
- 163 Europäisches Parlament, 'Antwort auf Parlamentarische Anfragen E-009280/11, E-009975/11' (6. Dezember 2011): <<http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=E-2011-009975&language=EN>>
- 164 Abkommen über die Konformitätsbewertung und die Anerkennung gewerblicher Produkte: <<http://ec.europa.eu/world/agreements/downloadFile.do?fullText=yes&atyTransId=14229>>
- 165 Pressemitteilung der Europäischen Kommission, 'Aviation: Israel to join Europe' (31. Juli 2012): <http://ec.europa.eu/transport/modes/air/international_aviation/common_aviation_area/doc/2012-07-31-aviation-israel-to-join-europe.pdf>.
- 166 Norwegian Embassy to Morocco, op. cit.
- 167 Houses of the Oireachtas (25. Oktober 2011), op. cit., Abs. 99.
- 168 Offener Brief an den Präsidenten des Europäischen Rats, 'EU must sanction Israel over its refusal to obey international law and must recognize the State of Palestine' (2. Dezember 2010): <http://www.romanoprodi.it/documenti/eu-must-sanction-israel-over-its-refusal-to-obey-international-law-and-must-recognize-the-state-of-palestine_2401.html>
- 169 The Independent, 'Even I – an Israeli – think settlement goods are not kosher' von Avraham Burg (7. Juni 2012).
- 170 Abkommen über die Konformitätsbewertung und die Anerkennung gewerblicher Produkte, op. cit.
- 171 Europäisches Parlament, 'Gemeinsame Antwort, von Herrn De Gucht im Namen der Kommission gegeben' (26. September 2012): <<http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=E-2012-007239&language=DA>>
- 172 Das norwegische Finanzministerium erklärte seine Absicht, sicherzustellen, dass das Steuerbegünstigungssystem keinen Organisationen zugute kommt, die im Widerspruch zu internationalem Recht stehende Aktivitäten unterstützen oder zu ihnen beitragen. Norwegian People's Aid, 'No more tax deductibles for funding settlements in occupied territory' (20. September 2012): <<http://www.npaid.org/en/news/?module=Articles&action=Article.publicShow&ID=19664>>; Pressemitteilung des norwegischen Finanzministeriums (20. September 2012): <<http://www.regjeringen.no/en/dep/fin/News/news/2012/karmel-instituttet-utelukkes-fra-gavefra.html?id=699411>>
- 173 Missionsleiter der Europäischen Union, 'Report: East Jerusalem 2011' (Januar 2012).
- 174 Ibid.
- 175 Resolution des Europäischen Parlaments zu den European Parliament resolution on Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln (10. Februar 2012), op. cit.

